175. Ausgabe • 38. Jahrgang / Einzel-Nummer 15 Pf.

„Freiheit und Brot!“

München, Freitag, 23. Oktober 1925

VÖLKISCHER BEOBACHTER

Herausgeber Adolf Hitler

Verlag: Frz. Eher Nachfg., G. m. b. H. / Hauptgeschäftsst.: München, Thierschstr. 15 / Fernr. 20647 / Drahtanschr.: „Beobachter München“ / Postscheckkonto: Frz. Eher Nchfg., G. m. b. H. München 11346 u. Postsparkassenl.: Frz. Eher Nchfg., G. m. b. H., Wien 79921 / Schriftltg.: München, Schellingstr. 39/I / Fernr. 20801—20803 / Sprechstd. tägl. v. 10—11 Uhr vorm.

Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Erscheint täglich / Bezugspreis monatlich 3.25 Mark zuzüglich Postbestellgeld / Anzeigenpreise: Die 31,5 mm breite und 1 mm hohe Zeile kostet 20 Goldpfennig / Im Textteil die 65 mm breite und 1 mm hohe Zeile 80 Goldpfennig / Anzeigenschluß 10 Uhr vormittags / Anzeigen-Abteilung: Schellingstr. 39/I / Fernruf-Nummer 20801

Die Dolchstoßarbeit der Bayerischen Volkspartei

Verbot geschlossener nationalsozialistischer Mitgliederversammlungen — Unsere Abrechnung mit den gesetzwidrigen Münchner Polizeischikanen

Am 2. Oktober 1925 sollte eine geschlossene Mitgliederversammlung der N.S.D.A.P. in München stattfinden. Die Polizei der Bayerischen Volkspartei-Regierung verbot diese geschlossene Versammlung, da Adolf Hitler das Wort ergreifen sollte. Auf diese ungeheuerliche Verfolgung des deutschen Freiheitskämpfers und der deutschen Freiheitsbewegung seitens der schwärzesten Reaktion hat der Rechtsvertreter der N.S.D.A.P. folgende, für sich selbst und für die bayerische Schande sprechende Beschwerde eingereicht:

*

An die Polizeidirektion München.

Betreff:

Verbot der Mitgliederversammlung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei vom 2. Oktober 1925.

Namens des

1. Herrn Adolf Hitler für sich persönlich und als gesetzlicher Vertreter der N.S.D.A.P.,
2. Herrn Hermann Esser als Einberufer,

lege ich gegen den Beschluß der Polizeidirektion München vom 30. Sept. 1925, VI d 1744/25,

Beschwerde

zur Regierung von Oberbayern, Kammer des Innern, ein.

Ich beantrage, den Beschluß vom 30. September 1925 aufzuheben.

Begründung:

I.

1. Die Polizeidirektion suchte ihr Rede- und Versammlungsverbot vom 30. September 1925 mit der Verweisung auf ihre Beschlüsse vom 9. und 25. März 1925 zu rechtfertigen.

Mit Beschluß vom 9. März 1925 verbot die Polizeidirektion die von der N.S.D.A.P. für den 10. März 1925 in den Bürgerbräukeller, Hofbräuhausfestsaal, Arzberger Keller, in die Schwabinger Brauerei und in den Thomasbräukeller einberufenen fünf großen Massenversammlungen. Die Ankündigung der Versammlungen lautete damals:

„Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Nationalsozialisten! Antisemiten! Dienstag, den 10. März 1925, abends 8 Uhr, finden in folgenden Sälen:

Bürgerbräukeller (Rosenheimer Straße), Hofbräuhausfestsaal (Platzl), Arzberger Keller (Nymphenburger Straße), Schwabinger Brauerei (Leopoldstraße), Thomasbräukeller (Kapuzinerplatz)

fünf große Massenversammlungen statt. — Als Redner werden die bedeutendsten Führer der nationalsozialistischen Bewegung erscheinen.

Adolf Hitler

wird in allen fünf Sälen kurz sprechen.

Parteigenossen und Parteigenossinnen, erscheint zu diesen Kundgebungen, in denen Stellung zu den wichtigsten Tagesfragen genommen werden soll, in Massen.

Eintritt: M. 1.—. Nach Deckung der Saal- und Plakatkosten soll der Überschuß dem Kampfschatz der neugegründeten Bewegung dienen.

Einberufer: Für die Parteileitung: Amann.

Juden ist der Zutritt verboten.“

2. Mit Beschluß vom 25. März 1925 verbot die Polizeidirektion vier in verschiedene Säle einberufene Massenversammlungen. Die Einladung sollte ähnlich lauten wie die Einladung zu den fünf großen Massenversammlungen vom 10. März 1925.

3. Mit Beschluß vom 30. September 1925 verbot die Polizeidirektion die von Herrn Esser in den Mathäserfestsaal einberufene Mitgliederversammlung der Ortsgruppe München. Die Ankündigung lautet:

„Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei.

Die für Donnerstag, den 1. Oktober, angesetzte Westmarkkundgebung wird umständehalber auf Freitag, den 9. Oktober, verschoben.

Dafür findet am

Freitag, den 2. Oktober 1925, abends 8 Uhr, im Mathäserfestsaal, Eingang Zweigstraße, eine Mitgliederversammlung der Ortsgruppe München statt, in der unser Führer

Adolf Hitler

sprechen wird. Zutritt haben nur Mitglieder der Partei gegen Vorweis der Mitgliedskarte. Parteigenossen! Nationalsozialisten! Erscheint in Massen!

Eintritt: M. 1.—, Kriegsbeschädigte und erwerbslose Parteigenossen gegen Ausweis frei.

Einberufer: Hermann Esser.“

4. Der Unterschied zwischen den Ankündigungen der Versammlungen vom 10. März 1925 und 26. März 1925 einerseits und der Mitgliederversammlung vom 2. Oktober 1925 andererseits springt sofort in die Augen.

a) Die Versammlungen vom 10. und 26. März 1925 waren Massenversammlungen, öffentliche Versammlungen, in denen die wichtigsten Tagesfragen erörtert werden sollten.

b) Die Versammlung vom 2. Oktober sollte eine einfache **Mitgliederversammlung** sein. Zutritt zu ihr sollten, wie aus dem Plakataufruf deutlich hervorging, nur die eingeschriebenen Mitglieder der Partei haben, und zwar gegen Vorweis der Mitgliedskarte. Mithin sollte dort nicht Herr Hitler zu einer **öffentlichen Volksmasse** sprechen, sondern der gesetzlich eingetragene 1. Vorsitzende der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei bzw. des Vereines zu seinen Mitgliedern, zu Menschen also, die nicht von der Polizeidirektion gegen die Lehren der nationalsozialistischen Weltanschauung in Schutz genommen zu werden brauchen, sondern die sich zu dieser Weltanschauung prinzipiell bereits bekennen.

5. **Es gibt zwei Möglichkeiten:**

a) **Die Polizeidirektion München kennt nicht den Unterschied zwischen großen öffentlichen politischen Massenversammlungen, zu denen jeder Zutritt hat, und Mitgliederversammlungen, zu denen nur die Mitglieder des gesetzlich eingetragenen Vereins Zutritt erhalten. Sie setzt deshalb die Mitgliederversammlung vom 2. Oktober gleich den öffentlichen Volksversammlungen vom 10. und 26. März. Das Unterscheidungsvermögen der Polizeidirektion wäre aber in diesem Falle so gering und ihr Fehler so groß, daß der Beschluß vom 30. September 1925 schon hierwegen aufgehoben werden müßte.**

b) **Die Polizeidirektion kennt diesen Unterschied zwischen großen öffentlichen politischen Volks- und Massenversammlungen vom 10. mit und 26. März 1925 und der einfachen Mitgliederversammlung vom 2. Oktober 1925, behandelt aber trotzdem völlig ungleichartige Werte vollkommen gleichartig. Sie zieht damit aus ganz verschiedenen Tatsachen gleiche Schlußfolgerungen und kommt dadurch zwangsläufig zu einem Fehlschluß. Es ist selbstverständlich, daß infolge einer solchen unmöglichen Schlußfolgerung eine irrige und rechtswidrige Entscheidung fallen muß.**

II.

Ein Verbot der Mitgliederversammlung vom 2. Oktober läßt sich überhaupt nicht rechtfertigen.

1. **Entweder besteht die Eintragung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei in das Vereinsregister als nationalsozialistischer Deutscher Arbeiter-Verein zu Recht oder nicht. Besteht sie zu Recht, dann ist es eine unerhörte Vergewaltigung nicht nur Herrn Hitlers, sondern auch der gesamten eingeschriebenen Mitglieder, wenn ein Polizeiorgan sich herausnimmt, eine Aussprache des gesetzlichen 1. Vorsitzenden mit seinen Mitgliedern einfach zu unterdrücken und zu verhindern. Tatsächlich steht die Polizeidirektion München mit ihrem rechtswidrigen Vorgehen auch in ganz Deutschland einsam und allein da. Wo immer auch Herrn Hitler das öffentliche Auftreten bisher verboten war, so wurde doch noch niemals einer Mitgliederversammlung die geringste Beschränkung auferlegt. Dies gilt nicht nur für das übrige Deutschland, sondern auch für Bayern. Herr Hitler hat auch hier in Mitgliederversammlungen, die öffentlich bekanntgegeben waren, gesprochen, und die Polizeibehörden haben beispielsweise am 5. August in Bamberg und am 27. September in Fürth nur die eine Bedingung erhoben, daß es sich in diesen Fällen wirklich nur um Mitgliederversammlungen handeln dürfe, und daß, um dieses einwandfrei zu sichern, an der Kartenkontrolle Polizeiorgane prüfend mitwirkten.**

2. Die einfache Mitgliederversammlung vom 2. Oktober brauchte der Polizei überhaupt nicht angezeigt werden, die Mitglieder hätten z. B. brieflich eingeladen werden können. Grundsätzlich ist aber in den gesetzlich eingetragenen Vereinsstatuten des Vereins niedergelegt, daß Mitgliederversammlungen des Vereins durch Plakatanschlag und Pressenotizen zur Kenntnis der Mitglieder gebracht werden, da die briefliche Verständigung zu kostspielig und teuer wäre. Da aber durch die öffentliche Ankündigung die Polizei selbst von der Abhaltung dieser Mitgliederversammlung verständigt wurde, sie mithin die Möglichkeit einer Kontrolle erhielt, fällt auch jeder Schein einer behaupteten Befürchtung der Münchener Polizeidirektion, daß es sich hierbei um staatsgefährliche Dinge handeln könnte, in ein Nichts zusammen.

Im übrigen ist die Polizeidirektion über alles so gut informiert, daß es ihr jederzeit möglich gewesen wäre, sich aus dem Verlauf anderer Mitgliederversammlungen in Bayern die Kenntnis von der vollkommenen Belanglosigkeit ihrer Befürchtungen zu erholen.

3. **Wenn die Polizeidirektion einst den Vorwand brachte, daß vier oder fünf große Massenversammlungen eine Gefahr für die Ruhe und Ordnung bedeuten würden, so kann sie diese Behauptung aber denn doch kaum auch bei einer Mitgliederversammlung noch einmal vorbringen. Nicht nur, daß in den übrigen in Bayern stattgefundenen Mitgliederversammlungen jedenfalls der Beweis für das Gegenteil geliefert wurde, wäre es auch sonst ein beschämendes Armutszeugnis für die granitene Sicherheit dieses Staatswesens und der Staatsautorität, wenn schon eine bloße Mitgliederversammlung eines gesetzlich eingetragenen Vereins eine Polizeidirektion zum Eingeständnis der Furcht veranlaßt, es könnte dabei die Ruhe und Ordnung gestört werden.**

Eine solche Behauptung wäre nicht nur unwahr, sondern geradezu lächerlich. Zur Zeit stören die Ruhe und Ordnung nur die ungesetzlichen Maßnahmen einer Behörde, die in diesem Falle in den Augen vieler den Anschein erwecken wird, als ob sie weniger den Staats- als wie den Parteiinteressen dienen.

4. Die Polizeidirektion München macht es sich aber noch leichter. Sie bemüht sich gar nicht, auch nur eine Tatsache dafür zu nennen, daß in der Mitgliederversammlung vom 2. Oktober etwa strafbare Handlungen begangen werden wollten. Nein, sie beruft sich einfach auf den Artikel 102 des Ausführungsgesetzes zur Reichsstrafprozeßordnung und erklärt, sie müsse der Übertretung der Strafgesetze in einer Versammlung zuvorkommen. Damit stellt die Polizeidirektion eine Behauptung auf, für die ihr aber auch jeder Schein eines Beweises vollständig fehlt. Ja, sie wagt nicht einmal, im einzelnen diese Behauptung zu substanzieren, inwieferne in der Mitgliederversammlung vom 2. Oktober 1925 strafbare Handlungen begangen werden sollten. Sie kann dies auch gar nicht; denn sie hat nicht den geringsten Grund zu einer solchen Annahme. Daher entscheidet in diesem Falle nicht ein Rechtsgesichtspunkt, sondern ein Machtstandpunkt.

Die Polizeidirektion stellt damit allgemeine Verdächtigungen auf, nimmt aber durch das Unterlassen jeder genauen Präzisierung ihrer Begründung den Betroffenen die Möglichkeit einer Verteidigung. **Sie teilt vorsichtigerweise gar keine Anklagetatsachen mit, damit den Beklagten die Möglichkeit einer Abwehr und Verteidigung genommen wird.** Es ist aber eine Umkehrung der Vernunft und aller bisher geltend gewesenen Grundsätze, wenn nicht der Ankläger dem Angeklagten bestimmte Anklagetatsachen nennen müßte, sondern wenn der Angeklagte behaupten und beweisen sollte, daß er gegen keine der hundert und tausend möglichen Strafparagraphen verstoßen hätte und verstoßen will. Nichtsdestoweniger erklären die Führer der N.S.D.A.P. auf das entschiedenste, daß auch der leiseste Grund zu einer solchen Behauptung, daß nämlich in einer solchen Mitgliederversammlung strafbare Handlungen begangen werden sollten, fehlt, und daß jede gegenteilige Behauptung Verleumdung ist.

5. Am 9. und 23. März 1925 verbot die Polizeidirektion fünf und vier große öffentliche politische Massenversammlungen, angeblich, um der Übertretung des Strafgesetzes zuvorzukommen. Als Begründung verwies sie auf angebliche Tatsachen strafbaren Charakters in der Versammlung vom 27. Februar. Die Polizeidirektion konnte die Feststellung dieser Tatsachen als Fälschungen nicht entkräften, und sie hat wohl auch aus diesem Grunde es versäumt, die ihr sonst obliegende Pflicht einer Anzeige bei der Staatsanwaltschaft auszuüben. **Sie konnte dies nicht, da in einem gerichtlichen Verfahren die Unhaltbarkeit der dem Beschluß der Polizeidirektion zugrunde gelegten Fälschungen nachgewiesen worden wäre.** Sie beruft sich aber heute auf ihre damalige rechtlich unhaltbare Entscheidung und verbietet nun sogar Mitgliederversammlungen, zu denen nur Mitglieder gegen Vorzeigung ihrer Mitgliedskarte Zutritt besitzen. Die logische Weiterentwicklung müßte dann dazu führen, daß die Münchener Polizeidirektion am 30. Okt. sagt, Besprechungen des Herrn Hitler mit anderen Führern sind verboten, daß sie am 30. November jedes Gespräch in seinem Zimmer zu Hause verbietet, und daß sie am 30. Januar schließlich auch noch jede schriftliche Meinungsäußerung untersagt.

6. Das Staatsministerium des Innern hat nach der Erlassung des Vereinsgesetzes ein Präventivverbot für öffentliche Versammlungen im allgemeinen nicht für zulässig erklärt. In seiner Entschließung vom 12. Mai 1908 sagt es wörtlich:

„Ein Präventivverbot für öffentliche Versammlungen ist künftig im allgemeinen nicht mehr zulässig. Ein solches kann gemäß dem § 1 Abs. 2 des Vereinsgesetzes auf Grund des Art. 102 des Ausführungsgesetzes zur RStrPO. nur mehr eintreten, insoweit es sich um die Verhütung unmittelbarer Gefahr für Leben und Gesundheit der Teilnehmer an einer Versammlung handelt.“

Die Münchener Polizeidirektion aber ficht diese Erklärung des Ministeriums wenig an. Sie behauptet nicht, daß die Mitgliederversammlung vom 2. Oktober dazu da war, um Mord und Totschlag zu begehen, denn sie könnte für eine solche Behauptung auch nicht den Schein einer Begründung vorbringen, im Gegenteil, sie würde sich dadurch höchstens der allgemeinen Lächerlichkeit preisgeben. Damit ist aber das Vorgehen der Münchener Polzeidirektion grundsätzlich gesetzwidrig.

7. Die Anweisung des Ministeriums zum Vollzug des Vereinsgesetzes vom 19. April 1908 bestimmt unter Ziff. 4, daß das Vereins- und Versammlungsrecht nicht etwa mit der Begründung von den Behörden beeinträchtigt werden dürfe, daß ein „Ausländer“ dem Verein angehöre oder sich an der Versammlung beteilige. Dazu muß man aber denn doch einmal feststellen, daß es sich in diesem Falle um einen Mann handelt, der seiner Geburt nach Deutscher ist, im deutschen Heere gedient hat und durch seine Kriegsteilnahme im deutschen Heere seiner bisherigen Staatsangehörigkeit verlustig ging und damit nicht zur eigenen, sondern nur zur Schande eines derzeitigen Staates als Deutscher staatenlos ist. Allein, ganz abgesehen davon, darf auch nach den Anweisungen des Bayerischen Staatsministeriums und nach dem Gesetz die angebliche Ausländereigenschaft des Herrn Hitler nicht vorgeschützt werden, um widerrechtlich und ungesetzlich das Vereins- und Versammlungsrecht zu beschneiden.

gez.: L. Roder, Rechtsanwalt.

*

Am 21. Oktober hat sich das Verbot wiederholt. Im kleinen Kreise nationalsozialistischer Sektionsführer und Angehöriger der N.S.D.A.P. sollte Adolf Hitler am Mittwoch sprechen. Die Polizei verbot auch diese geschlossene Versammlung. Die Versuche, die deutsche Freiheitsbewegung abzuwürgen, sind in Bayern also noch skrupelloser als im Reiche Severings. Das ist natürlich: In einem Parteikreise, in dem ein Dr. Heim, der dem Erbfeinde die Zerstückelung Deutschlands anträgt, als Patriot und Führer gilt, muß ein deutscher Frontsoldat wie Adolf Hitler natürlich verfolgt werden.

Die Bayerische Volkspartei hat, was Dolchstoßarbeit gegen den deutschen Freiheitswillen anbetrifft, von den Cohns und Levis gelernt. Die alte Waffenbrüderschaft ist wieder vollkommen.

Die Deutschnationalen werden mutig

Die Deutschnationalen in der Klemme

Berlin, 22. Okt. Die Sitzung der Reichstagsfraktion der Deutschnationalen, die gegen 7 Uhr begonnen hatte, war erst gegen 12 Uhr zu Ende. Die armen Dawes-Ja- und Neinsager haben sich zu keinem „Entschluß“ durchgerungen.

Die Stimmung im Lande ist, wie die „D. Z.“ meldet, durchaus unzweideutig. So haben bereits Vertreter der Landesverbände der Deutschnationalen Volkspartei, der drei Hansestädte Hamburg, Lübeck und Bremen, verstärkt durch Vertreter weiterer norddeutscher Landesverbände, in einer Versammlung in Lübeck nach Berichten der Reichstagsabgeordneten Gok und Dr. Everling beschlossen, folgende Entschließung an die deutschnationale Reichstagsfraktion zu richten:

„Wir haben uns von einem Sicherheitspakt auf der Grundlage des Versailler Diktates niemals einen Vorteil für unser Vaterland versprochen. Der in Locarno paraphierte Pakt erfüllt in keinem Punkt die Forderungen, die für die Deutschnationale Volkspartei zur Wahrung deutscher Ehre und Zukunft selbstverständlich sind. Wir wollen deutsches Land nicht preisgeben, die politische Selbständigkeit Deutschlands nicht an eine Völkerbundsmehrheit ausliefern und eine erneute freiwillige Unterschrift des Versailler Diktates nicht zugeben. Eine anderweitige Auffassung stellt sich außerhalb der Grundsätze der Deutschnationalen Volkspartei. Wir verlangen deshalb von unseren Vertretern im Reichstag die Ablehnung des Paktes.“

Abschließende Kabinettsberatung über Locarno

Große Aussprache im Auswärtigen Ausschuß.

Berlin, 22. Okt. Das Reichskabinett ist heute vormittag unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten zusammengetreten. Die Sitzung dauerte nur eine halbe Stunde. Es wurde folgende Mitteilung ausgegeben:

„Das Reichskabinett hat heute unter dem Vorsitz des Herrn Reichspräsidenten die Besprechungen über das Ergebnis der Ministerzusammenkunft von Locarno zum Abschluß gebracht. Der Reichskanzler und der Reichsaußenminister werden in der heutigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages die Stellungnahme der Reichsregierung vertreten.“

Gleich darauf begann um 10 Uhr die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages, an der sich das gesamte Reichskabinett mit Ausnahme des Reichswehrministers Geßler sowie der Ministerialdirektor Gauß beteiligten. Die Ausschußvertreter waren fast vollzählig zugegen. Auch eine große Anzahl von Vertretern der Länder nahm an der Sitzung teil. Reichsaußenminister Dr. Stresemann leitete die Verhandlungen mit einem großen Referat ein.

Wie die „T. U.“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, werden die deutschnationalen Vertreter im Auswärtigen Ausschuß eine Erklärung abgeben, die keineswegs eine endgültige Stellungnahme bedeutet, sondern nur noch einmal die schweren Bedenken der Deutschnationalen Volkspartei gegenüber dem Konferenzergebnis betont. Diese Erklärung erfolgt auf Grund des gestern nachts in der Fraktionssitzung gefaßten Beschlusses. (Man vergleiche hierzu nachstehende Meldung.)

*

Berlin, 22. Okt. Im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages wurde von der deutschnationalen Reichstagsfraktion folgender Beschluß bekanntgegeben:

„Die deutschnationale Reichstagsfraktion vermag in dem Ergebnis der Verhandlungen von Locarno nicht die Erfüllung der Forderungen zu sehen, die den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes gerecht werden. Die Fraktion vermißt außerdem die Erfüllung der Voraussetzungen für einen Vertragsabschluß, sowie die Gegenleistungen der anderen beteiligten Mächte, die den Deutschland angesonnenen Opfern entsprächen. Angesichts dieses Ergebnisses erklärt die Fraktion schon jetzt, daß sie keinem Vertrage zustimmen werde, der den deutschen Lebensnotwendigkeiten nicht gerecht wird und insbesondere einen Verzicht auf deutsches Land und Volk nicht ausschließt.“

Wie lange wird dieser Mut anhalten?

Räumung Kölns keine Voraussetzung!

London, 22. Oktober. Wie der diplomatische Korrespondent des „Evening Standard“ berichtet, wird die Räumung Kölns so schnell wie möglich durchgeführt werden. Die 8000 Mann britischer Truppen und Offiziere würden das Gebiet bis Ende November geräumt haben, **für den Fall, daß die in „Locarno“ erreichte Verständigung durchgeführt wird.** (Also ist die Räumung **nicht** Voraussetzung des Vertrages!) Die Mehrheit der Besatzungstruppen wird auf das Gebiet zwischen Koblenz und Wiesbaden noch vor der Unterzeichnung des Sicherheitspaktes am 1. Dezember verteilt werden.

Eine deutsche Note zur Räumung Kölns?

Berlin, 22. Oktober. Die deutsche Regierung wird, wie der „Tag“ mitteilt, in den nächsten Tagen in der Entwaffnungsfrage eine Note an alle in der interalliierten Militärkommission vertretenen Mächte senden, in der das bisherige Ergebnis aller Verhandlungen zwischen der Kommission und den zuständigen deutschen Behörden festgestellt und dargelegt wird, daß die deutsche Regierung in den Forderungen der alliierten Mächte zu einem erheblichen Teil nachgegeben hat. In dieser Note wird dann die Räumung der Kölner Zone auf Grund des Rechtszustandes des Vertrages von Versailles gefordert werden.

Deutschlands Entwaffnungsarbeit

Paris, 22. Okt. Im französischen Kriegsministerium hat gestern unter dem Vorsitz Painlevés eine Sitzung stattgefunden, in der die Berichte der Militärkontrollkommission über den Stand der deutschen Entwaffnung geprüft wurden. Es wurde ein Kommuniqué herausgegeben, wonach Deutschland namentlich hinsichtlich des vorhandenen Kriegsmaterials und der Zerstörung von Maschinen, die zur Waffenfabrikation dienen können, seine Verpflichtungen voll erfüllt hat.

Das Zentrum und der Genfer Freimaurerbund

tu. **Karlsruhe**, 22. Okt. In einer von der Zentrumspartei einberufenen Versammlung sprach der frühere Reichskanzler Dr. Marx über Locarno und die innerpolitische Lage. Er führte u. a. aus:

In Locarno sei ein Beschluß von einer Tragweite gefaßt worden, die noch nicht übersehen werden könne. Überschwengliche Freude an das Ergebnis von Locarno zu knüpfen, sei verfrüht. Bei Annahme des Westpaktes, der den Krieg ausschließe, sei mit der Räumung der noch besetzten Zone zu rechnen. Es sei höchste Zeit, daß Deutschland dem Völkerbund beitrete, wenn er auch noch sehr verbesserungsbedürftig sei. Der Völkerbundsgedanke sei ein Gedanke, der dem Frieden der Völker dienen wolle. Daß die Idee der Schiedsgerichtsbarkeit in den Vertrag von Locarno hineingearbeitet wurde, müsse begrüßt werden. Durch den Eintritt in den Völkerbund bekommen wir die Möglichkeit, die Hemmnisse an der Ostgrenze zu beseitigen. (??) Das ist eine grobe Irreführung. Vgl. unseren gestrigen Aufsatz.

Die Neuwahlen in der Tschechoslowakei

Selbständiges Vorgehen der Deutschen Nationalsozialisten bei der Parlamentswahl.

Im Säulensaale des Deutschen Hauses (Prag) fand die Reichskonferenz der Deutschen nationalsozialistischen Arbeiterpartei statt, der die Entscheidung der Partei darüber vorbehalten war, ob die Partei bei der angestrebten Einheitsfront aller nichtmarxistischen deutschen Parteien einzugliedern und ob die Partei ferner gewillt ist, bei den bevorstehenden Parlamentswahlen mit den anderen nichtmarxistischen Parteien eine Einheitsliste zu bilden. Die Reichskonferenz war aus allen sudetendeutschen Gebieten überaus zahlreich beschickt. Der Vorsitzende der Partei, Pg. Knirsch, begrüßte die Tagung und entbot vor allem dem zu gleicher Stunde in Aussig a. d. Elbe zusammentretenden nationalsozialistischen Frauentag die herzlichsten Grüße der Partei. Er dankte den Parteigenossen für die mit so großer Arbeit und Opferwilligkeit durchgeführte Veranstaltung der Ausstellung „Deutscher Frauenfleiß“ in Aussig, die nach dem übereinstimmenden Urteile aller, die sie gesehen haben, ein glänzendes Zeugnis für die Kulturhöhe, den Kunstsinn und die Tätigkeit der deutschen Frauen ablegen.

Pg. Knirsch gab einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen der Vertreter der nationalen deutschen Parteien über die Bildung einer gemeinsamen Abwehrfront innerhalb und außerhalb des Parlaments und über ein gemeinsames Vorgehen dieser Parteien im bevorstehenden Wahlkampfe. An diesen Bericht schloß sich eine mehrstündige Aussprache an, an der sich die Vertreter aller Wahlkreise beteiligten.

Nahezu sämtliche Redner gaben der Anschauung Ausdruck, daß die Bildung einer einheitlichen Abwehrfront, allenfalls auch ohne Sozialdemokraten anzustreben ist, daß die Vertreter aber für den bevorstehenden Wahlkampf im Interesse der deutschen Arbeiterbewegung und im Interesse der Gewinnung weitester Kreise der deutschen Wählerschaft für den nationalen Abwehrgedanken das selbständige Vorgehen der Partei mit eigenen Listen für eine Notwendigkeit erachten. Infolgedessen beschloß die Reichskonferenz mit überwältigender Mehrheit, den Vorschlag auf eine Einheitsliste der nichtmarxistischen deutschen Parteien abzulehnen und mit eigenen Listen aufzutreten. Die Reichskonferenz sprach jedoch einstimmig ihre Zustimmung dazu aus, daß die neugewählten Parlamentsvertreter der Partei mit den übrigen deutschen Parteien einen gemeinsamen Verband zur Führung und Organisierung des politischen Abwehrkampfes innerhalb und außerhalb des Parlaments bilden. Auf Antrag eines Vertreters des Wahlkreises Laun, des Stadtrates Hanel aus Bilin, wurde dem Parteivorsitzenden und der bisherigen parlamentarischen Vertretung der Partei unter allseitigem stürmischem Beifall der Dank für ihre bisherige Tätigkeit und das rückhaltslose Vertrauen ausgesprochen. Sämtliche bisherigen Vertreter der Partei wurden neuerlich als Wahlwerber aufgestellt.

Der Dolchstoßprozeß in München

Verhetzung in der Marine

Unter großer Spannung folgte dann die Aussage eines wichtigen Zeugen, des Vizeadmirals a. D. von Trotha, der zunächst den ausgezeichneten Stand der Ausbildung der Mannschaften auf den deutschen Kriegsschiffen und ihren glänzenden Geist schilderte, um dann festzustellen, daß vom Sommer 1917 an immer wieder Versuche gemacht wurden, parteipolitische Kämpfe in die Marine hineinzutragen. In einem Telegramm sei die Unterstützung der Regierung gegen diese politischen Machenschaften verlangt worden, es sei aber leider nicht eingegriffen worden und so habe das Gift weiter wirken können. Im Herbst 1918 sei mit der Aufgabe des U-Bootkrieges, der Zurücknahme der Westfront und der Räumung Flanderns für das Flottenkommando die Frage zur Pflicht geworden, ob die Kraft der Flotte im Auslande noch sichtbar gemacht werden könne. Dies sollte durch den großen Flottenvorstoß in den Kanal geschehen, bei dem durch die Macht unserer Flotte noch sehr viel hätte herausgeholt werden können, zumal wir heute wissen, wie gewaltig wir damals der englischen Flotte überlegen waren. Nie sei ein Flottenvorstoß sorgfältiger vorbereitet worden, wie dieser und es sei daher eine Unmöglichkeit, wenn jetzt dieser geplante Vorstoß als ein Akt wahnsinniger Selbstvernichtung bezeichnet werde. Daß der Erfolg nicht errungen werden konnte, sei darauf zurückzuführen, daß das Gift der Verhetzung die Disziplin der Besatzungen untergraben, die Stimmung zerstört und zu der Weigerung geführt hatte, die Häfen zu verlassen. Wohl sei dieser Fieberzustand in Scapa Flow bereits überwunden gewesen, aber da sei der Zusammenbruch schon dagewesen. Die Reichsregierung und die Oberste Heeresleitung habe von dem geplanten Vorstoß Kenntnis gehabt. Unsere Marine sei technisch und in ihrer Leistungsfähigkeit der englischen überlegen gewesen. Im übrigen habe sich der Engländer in der Skagerrakschlacht nicht als Meister in der Beherrschung seiner Seestreitkräfte gezeigt. In einer schwächeren, aber hochdurchgebildeten und disziplinierten Flotte könne mehr Erfolg liegen, als in einem großen Apparat, allerdings dürfe nicht im letzten Augenblick die Disziplin versagen. Schwer beklagt wird von dem Zeugen die außerordentliche Hemmung des U-Bootkrieges durch die zahllosen Vorschriften und Befehle. Heute noch ist der Zeuge der heiligen Überzeugung, daß wir mit dem U-Bootkrieg unser Ziel erreicht hätten, wenn nicht den U-Bootleuten so große Hemmungen auferlegt worden wären, die den Gebrauch der Waffe vielfach nicht zuließen, während es doch darauf angekommen sei, kein einziges Schiff durchlaufen zu lassen. Die Amerikaner wären nicht herübergekommen, wenn wir beizeiten angefangen hätten und nicht so viele Ausnahmen vorgeschrieben gewesen wären. Mit großer Bestimmtheit bejahte der Zeuge schließlich die Frage, ob er überzeugt sei, daß ein militärischer Erfolg der deutschen Marine gegenüber der englischen Flotte möglich gewesen wäre.

Seit heute ist in **München** und **Nürnberg** im Straßenhandel unsere neue

Sondernummer „Die Börsenrevolte vom Jahre 1918“

zum Preise von 10 Pf. erhältlich

4. Verhandlungstag

Heute ist schon um 8.30 Uhr der ganze Zuhörerraum von einer den verschiedensten Ständen angehörenden Volksmenge voll besetzt. Man fühlt, daß der heutige Tag viel bringen wird, was bisher dem deutschen Volke von einer feigen Regierung verschwiegen oder in der fratzenhaften Verzerrung der Judenpresse „enthüllt" wurde:

Die Marinemeuterei von 1917.

Die lange Wartezeit suchen sich die harrenden Zuhörer auf ihre Art zu vertreiben; man kann manch treffende Bemerkung schlichter Volksgenossen hören: z. B. äußert ein Arbeiter: „Das ist doch der reinste Judenprozeß, nur schade, daß man von hier aus (Zuhörerraum) die vielen Plattfüße nicht sehen kann", worauf sein Nachbar bemerkt: „Aber die Hakennasen sehen wir doch! ... Nach und nach kommen die Pressevertreter, darunter viele charakteristische Zeitungsjuden, die Sachverständigen, die Parteien und für den heutigen Tag neu eine große Anzahl hoher Marineoffiziere und Richter.

Pünktlich um 9 Uhr eröffnet der Vorsitzende die Verhandlung und richtet an Exz. v. Trotha die Frage: „Die „Münchner Post" behauptet, daß Exz. 1918 in der Schriftleitung des „Vorwärts" weilten und dort Aufklärungen über die im Herbst bevorstehende Seeschlacht gegeben hätten". Vizeadmiral von Trotha erklärt, daß er damals vom Presseamt der Admiralität ersucht worden sei, bei dem Vorwärtsschriftleiter Kuttner wegen der planmäßigen Hetze dieses Blattes gegen die Marineoffiziere Vorstellungen zu erheben. Er habe dort die sozialdemokratische Lüge, daß eine sinn- und planmäßige Aufopferung der Flotte, nur der Offiziersehre wegen erfolgen solle, entlarvt und betont, daß nur ein Vorstoß geplant war, um die linke Flanke des feindlichen Druckes zu schwächen. Einer unsachlichen, kleinlichen Frage Hirschbergs antwortet Zeuge, daß er bereits in seiner gestrigen Aussage alles hinreichend erörtert habe.

Nun kommt die Verhandlung zur Besprechung der allerschmachvollsten Vorgangs, der sich während des Krieges auf deutschem Boden abspielen konnte. Man gewinnt aus dem ganzen traurigen Bilde, das uns der Vormittag von dieser schwarzen Verrats enthüllt, den Eindruck, daß in jenem Zeitpunkt nur eine zielbewußte nationale Diktatur eines ruhmreichen Führers Deutschland hätte retten können, während die rückgratlose, nach der Gunst der Mittel- und Linksparteien schielende Michaelisregierung nur halbe Entschlüsse faßte und damit dem roten Revolutionsgeist Tür und Tor öffnete. Wie ein roter Faden zieht sich diese Erkenntnis durch die rein sachlichen, auf wuchtiges Aktenmaterial gestützten Ausführungen des heutigen Hauptzeugen

Landgerichtsrat Dr. Alfred Dobring.

Der Zeuge, der damals die Gesamtuntersuchung gegen die Meuterer beim 4. Geschwader leitete, betont eingangs, daß er in der Hauptsache das geben werde, was bei den Untersuchungen die einzelnen Rädelsführer selbst bezeugt hätten. Zwar haben sich die damaligen Vorgänge so sehr seinem Gedächtnis eingebrannt, aber er werde heute nur reine Tatsache auf Grund der Aktenlage vorbringen.

Die russische Revolution 1917 war zuerst bei der Marine ausgebrochen, in Deutschland hätte kein Mensch an eine solche Möglichkeit geglaubt. Bei der Marine herrschte vielleicht eine gewisse Sympathie für den Teil der Sozialdemokratie, der 1914 für die Landesverteidigung eintrat. Es ist interessant, daß verschiedene alte Sozialdemokraten von der Empörung und ihren Drahtziehern äußerlich abrückten. (Ob bei diesen Ebert und Scheidemann nicht dabei eine gewisse Angst vor der folgenschweren Tat, also kleinbürgerliche „Vorsicht" ausschlaggebend war, sagte der Zeuge nicht D. V.)

Der Zeuge stellte 3 Tatsachen fest: 1. Eine Zeitung glaubte vorhersagen zu können, daß er für Coßmann gegen Gruber aussagen werde; das sei eine Lüge, er werde nur Tatsachen bringen. 2. Bei den Untersuchungen seien keine Angehörigen der alten Sozialdemokratie unter den Rädelsführern gewesen, sondern in erster Linie Angehörige der U.S.P.D. 3. Kein Angehöriger der U.S.P.D. hat geleugnet, daß eine große Geheimorganisation von mehr als 1000 Vertrauensleuten der Marine bestand, deren Leitung in Berlin lag, wo im Reichstagsfraktionszimmer der U.S.P.D. bei den Abgeordneten Dittman und Haase alle Fäden zusammenliefen. Auftakt zur Aktion der Meuterer gab die Stockholmer Sozialistenkonferenz. Die Einladung zu dieser internationalen Verräterzusammenkunft wurde auf allen Schiffen verbreitet, sie gipfelt in der Aufforderung nach revolutionärer Erhebung im Sinne des russischen Umsturzes. Aus dem Programm von Stockholm geht hervor, daß sich die Teilnehmer und Anhänger verpflichten, revolutionäre Ziele in die Tat umzusetzen. Für diese Konferenz wurden auf Initiative des U.S.P.-Abg. Dittmann Listensammlungen veranstaltet, die dartun sollten, daß Massen von Meuterern hinter der U.S.P. stünden. Der Haupträdelsführer der Meutererorganisation, der Oberheizer Beckers von S. M. S. „Prinzregent Luitpold", verbreitete in diesem Sinne Aufrufe. Ein Flugblatt der sozialistischen Jugendorganisation schließt mit der Aufforderung: „Werdet Soldaten der Revolution!" Beckers betonte in seinem Aufruf, daß „unsere U.S.P." die Friedensströmung in der Marine kenne und in Stockholm den anderen Völkern mitteilen wolle (damit also einen von der deutschen Regierung und der „vaterländischen" Ebertpartei ungehemmten Hochverrat verübte D. V.) Wer dem Frieden dienen wolle, der solle sich der Organisation anschließen, die während der Dienstzeit keine Beiträge erhebe (!)

Der erste Ausbruch der Meuterei erfolgte auf dem Linienschiff „Prinzregent Luitpold", nachdem die Listensammlungen der Meuterer auf einigen Schiffen vorhergegangen waren. Der Anlaß war ein lächerlich geringfügiger. Weil eine Kinovorstellung abgesagt worden war, verließ die Mannschaft, darunter die Heizer, widerrechtlich das Schiff, kehrte aber abends zurück. Das Schiff war dadurch einen Tag kampfunfähig. Das Kommando faßte die Sache mild auf und verhängte 11 Arreststrafen. Nun kam es zur Empörung. Beckers berief eine Versammlung und wollte vom Kommandanten Freigabe der Verhafteten erzwingen. Ein anderer Rädelsführer hielt eine Rede, in der er sagte: „Eigentlich haben die Heizerwachen zu früh losgeschlagen; wir wollten erst nach der Stockholmer Konferenz losschlagen. Wir sind eine große Organisation, deren Leitung in Berlin sitzt." Er schloß mit dem Ruf: „Nieder mit dem Krieg!" Dann suchte man mit dem Kommando zu verhandeln; schließlich gingen die Leute an Bord zurück. Zur Anwendung von Waffengewalt ist es nicht gekommen. Nun setzte die große Untersuchung ein. Sie ergab, daß es sich um eine verabredete Sache gehandelt habe. Das bestätigte die Aussage von „S. M. S. Westfalen", wo die gleiche Meutererorganisation wie auf „Prinzregent Luitpold", und „Friedrich dem Großen" bestand. Beckers suchte aus der Haft einen zweiten Rädelsführer, Sachse, auf Fr. d. Gr. zum Losschlagen aufzufordern. Bei der Untersuchung gab man offen zu, daß man es auf Erzwingung des Friedens mit Gewalt und Sabotage auf jeden Preis abgesehen habe. Es sollte planmäßig die sozialistische Revolution vorbereitet werden. Hier kam zum ersten Mal der Zusammenhang mit der U.S.P. in Berlin klar zutage. Die Vernehmung Sachses enthüllte das ehrloseste und gemeinste, was je ein Deutscher vollbringen konnte, den Dolchstoß der Tat. S. hatte seine Instruktionen vom Abg. Dittmann. Immer hieß es, daß ganz nach russischem Muster gearbeitet werden müsse. Obgleich die Rädelsführer im Zuchthaus noch die Parole ausgegeben wurde: „Schont die Abgeordneten!" wurde deren Treiben bei der Untersuchung klar gelegt. Das Programm der Berliner Zentrale wollte

1. Übertritt der Flottenmannschaften zur U.S.P.;
2. Bereitstellung von Material und Waffen für die U.S.P.;
3. Ungehemmte revolutionäre Agitation auf den Schiffen;
4. Friedenserzwingung durch Sabotage und Gewalt.

Schriftleiter Herrer der „Leipziger Volkszeitung" arbeitete für diese Ziele und sagte: „Die deutsche Eiche ist morsch, und wenige Schläge und sie stürzt!" Nun ließ sich niemand mehr zurückhalten. Über den Zusammenhang mit den Abgeordneten sagte der Angeklagte Reichpitsch aus: Er sei nach Berlin gefahren, zu Frau Zietz gegangen und dann ins Reichstagsfraktionszimmer der U.S.P., wo die Abgeordneten Dittmann, Haase, Vogtherr, Herr und Hoffmann anwesend waren. Er berichtete über das Wesen und den Fortschritt der Meutererorganisation der Flotte und stellte sie den Abgeordneten zur Verfügung. Zietz sagte: „Die Soldaten sind viel weiter." Dittmann sagte: „Macht nur so fort, aber seid vorsichtig; wir werden euch unterstützen. Es kommt darauf an, eure Namen listenmäßig für Stockholm zu sammeln. Nun setzte eine große Korrespondenz durch Vermittlung von Frau Zietz ein, die bei der Untersuchung restlos bekannt wurde.

Zeuge verliest einen Aufsatz von Radek-Sobelsohn aus dem „Sozialdem. Tageblatt von Zürich" vom Oktober 1917, der die ganzen Vorgänge in der Marine als den ersten Schritt zur deutschen Revolution ausführlich behandelt.

Trotz der Bestrafungen konnte der Revolutionsgeist in der Marine nicht mehr unterdrückt werden, weil die Behörden infolge Behinderung durch die Reichsregierung nicht mit den erforderlichen Maßnahmen vorgehen konnten.

Nun kommt ein großes Frage- und Antwortspiel zwischen den Verteidigern und Zeugen. Wir greifen die wichtigsten Feststellungen heraus. Ein Verfahren des Reichsanwalts gegen die U.S.P.-Abgeordneten wurde aus „politischen Gründen" eingestellt, obwohl „der äußere Tatbestand des Landesverrats gegeben war. In einer Sitzung im Reichskanzlerpalais am 25. August 1917 waren selbst Linksparteien — wenigstens scheinbar — gegen die U.S.P.; konnten sich aber nicht zu notwendigen Entschlüssen aufraffen. Auch die Regierung Michaelis mußte sich vor der U.S.P. zurückziehen, obgleich deren Schuld feststand. 12—14 000 Matrosen vom 1. und 4. Geschwader beteiligten sich an der Empörung. R.-A. Graf Pestalozza stellt Antrag auf Zeugenladung Dittmanns. Am Schluß verliert sich die Verhandlung in Einzelheiten, wobei sich der jüdische Sachverständige Dr. Hertz wieder zugunsten des Angeklagten einsetzen will. Der Genosse Hirschberg bricht dafür für ihn eine Lanze. Der Vorsitzende bricht diese Debatte ab und läßt eine Verhandlungspause eintreten.

Eines der dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte war heute von uns geschaut worden und hat uns mit dem festen Willen erfüllt, auch diese Schmach zu sühnen, wenn die Stunde gekommen ist. Gal.

Deutsche!

Volks- und Landesverrat ist vor Gott und der Welt das fluchwürdigste Verbrechen! Eine Handvoll Menschen hat im November 1918 diese Meineidstat ausgeheckt und durchgeführt und damit das deutsche Volk in den Abgrund gestürzt. Weil diese größte Gaunerei der Weltgeschichte „gelungen" ist, deshalb fand sich kein deutscher Staatsgerichtshof, um diese Verbrecher an den Galgen zu bringen.

Weil es diesen größten Verrätern auf Gottes Erdboden weiter „gelang", die große Masse des deutschen Volkes in Not und Elend zu bringen und zu zermürben und einzuschläfern, deshalb konnten alle Gauner bisher ungestraft fortgesetzt neuen Verrat an deutschem Volkstum schandvoll begehen.

Die Abrechnung muß eines Tages kommen. Sie wird kommen, wenn der letzte deutsche Volksgenosse den Riesenbetrug erkannt hat.

Deshalb ist es Aufgabe jedes Deutschen, mitzuhelfen, die Wahrheit über das November-Verbrechen 1918 in die letzte deutsche Hütte zu tragen. Unsere heute erschienene Sondernummer

„Die Börsenrevolte vom November 1918"

ist das beste Aufklärungsmittel! Sie ist eine einzige Anklageschrift gegen die Lumpen, die unser Vaterland ins Verderben gestürzt haben und planmäßig weiter zugrunde richten. Die Bedeutung der Sondernummer ist aus nachstehend kurz angegebenem Inhalt ersichtlich:

1. Wie der Verrat möglich wurde. Von Adolf Hitler.
2. Das November-Verbrechen.
3. Wer die Verräter bezahlte.
4. 50 Jahre Betrug am Arbeiter.
5. Bündnis zwischen der „Arbeiter"- und Börsenpresse.
6. Der Betrug der II. und III. Internationale.
7. Eine Abrechnung mit Philipp Scheidemann.
8. Versailles, Dawes, Locarno, die wirtschaftspolitischen Folgen des November-Verrates.
9. Das Wesen unseres Kampfes.

Die Nummer wird in wenigen Tagen vergriffen sein. **Bestellt sofort, damit noch vor dem Jahrestag der Schand-Revolution eine Neuauflage hergestellt werden kann.**

Völkischer Beobachter
Abteilung für Propaganda

Diesen Schein sofort absenden!

Bestellschein

An Verlag
„Völkischer Beobachter"
Propaganda-Abteilung
München
Thierschstraße 15

Eingangs-Stempel
Diesen Raum nicht beschreiben

Senden Sie mir sofort

.... Exemplare der **„Sondernummer gegen die Börsenrevolte vom November 1918."** Preis: Exemplar 10 Pf.

Den Betrag von .... M. lege ich bei — sandte ich gleichzeitig mittels Postanweisung an „Völkischen Beobachter", München, Thierschstr. 15 — sandte ich auf Ihr Postscheckkonto Franz Eher Nachf., G. m. b. H., München 11346
(Nichtzutreffendes streichen)

Adresse (Name): ....
Wohnort ....
Straße .... Nr. ....

Kasse: ....
Nr. ....
abges. am: ....

Münchner Beobachter

Bayerische Gemeindebeamtenkammer und Beamtenbesoldung

Auf der letzten Tagung der Gemeindebeamtenkammer in München standen die Fragen zur Debatte: 1. Gemeindegesetz, 2. Umarbeitung der Bekanntmachung über die Errichtung einer Gemeindebeamtenkammer, 3. Umarbeitung der Kammersatzungen, 4. Fachbildungswesen, 5. Besoldungsangelegenheiten, 6. Beamtenrechtliche Reichsgesetzentwürfe und 7. Bildung einer neuen Ortskammer in Regensburg. Zur Beamtenbesoldungsfrage kam eine Entschließung zur Annahme, der wir folgendes entnehmen:

„Die Bayer. Gemeindebeamtenkammer nimmt Kenntnis von dem Berichte über die Entwicklung der Beamtenbesoldungsfrage. Aus diesem Berichte geht insbesondere hervor, daß infolge der unzulänglichen Bemessung der Besoldungsbezüge am 1. Dezember 1924, der inzwischen eingetretenen Verteuerung der Lebenshaltung durch zügellose Preissteigerung auf allen Gebieten durch die Verweigerung jedweder Verbesserung durch Reichsregierung und Reichstag die wirtschaftliche Lage der Beamtenschaft, insbesondere des durch die Juni-Regelung 1924 besonders geschädigten Teiles, eine nachgerade verhängnisvolle geworden ist. Die Gemeindebeamtenkammer hält nach einwandfreier sachlicher Würdigung der Verhältnisse eine rasche und wirksame Erhöhung der Beamtenbezüge für geboten."

*

Gemeindebeamten-Ortskammer München. Bei der konstituierenden Versammlung der Gemeindebeamten-Ortskammer München wurden gewählt die Herren: Inspektor Ruhland als 1. Vorsitzender; Oberinspektor Eder als 2. stellvertretender Vorsitzender; Verw.-Obersekretär Amberger als Schriftführer. Die Wahl geschah mittels Stimmzettel.

Zum Allerheiligenfest. Die Polizei-Direktion macht darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 1. November, wegen des Allerheiligenfestes in Theatern, Lichtspielhäusern, Kleinkunstbühnen und sonstigen Vergnügungslokalen, ferner in Gaststätten und Konzertsälen nur Darbietungen ernsten Charakters gestattet sind. Die Veranstaltung von öffentlichen und sogenannten geschlossenen Tanzlustbarkeiten ist am 1. und 2. November verboten.

Schlußfeiern der Edelmesse. Die Rechtsstreitigkeiten zwischen der Edelmesse-A.-G. u. deren Hausbesitzer, mit denen sich die Öffentlichkeit in der letzten Zeit lebhaft beschäftigte, sind durch einen Vergleich beendet worden, mit dem sich beide Parteien zufrieden erklärten. Gegen entsprechende Zugeständnisse des Hausbesitzers wurde seitens der Edelmesse die Verpflichtung zur Räumung des Hauses übernommen. Nach dreijähriger fruchtbringender Tätigkeit im Interesse der Münchner Kunst und des Kunstgewerbes ist es nunmehr leider Tatsache geworden, daß sich die Pforten der Ausstellung in den nächsten Tagen schließen werden. Am Samstag, den 24. d. M., vormittags, findet eine Schlußfeier mit geladenen Gästen statt, während am gleichen Tage für abends 8 Uhr ein öffentlicher Schlußball angesagt ist, zu dem schon zahlreiche Anmeldungen vorliegen. Auf die Tätigkeit der Edelmesse während des dreijährigen Bestehens dieser ständigen Ausstellung und deren Erfolge werden wir demnächst noch näher zurückkommen.

Oberst Theodor Rusch, eine der markantesten Erscheinungen unserer Stadt, ehemaliger Kommandeur des Landwehrbezirkes II, München, Mitkämpfer der Feldzüge 66 und 70, Ritter des Eisernen Kreuzes 1. Klasse, feiert am 25. Oktober das Fest des 80. Geburtstages. Sein Name steht als der des Eroberers von Châtillon in der Kriegsgeschichte verzeichnet. Zu Lebzeiten seiner durch ihre hohen Geistesgaben allverehrten Gemahlin, einer geb. Freiin Freyschlag von Freyenstein, war sein Haus eine Pflegestätte erlesener Literatur, ein Sammelpunkt hervorragender Persönlichkeiten.

Verbotene Versammlung. Die Kommunistische Partei Deutschlands plante für den 26. Oktober in München eine große öffentliche Versammlung, in der der Abg. Buchmann über die Bedeutung und Auswirkung der Konferenz in Locarno für den Arbeiter, den Mittelstand und den Beamten sprechen wollte. Diese geplante Versammlung wurde seitens der Polizei verboten.

Um die Getränkesteuer. In der Protestversammlung gegen die Herabsetzung der Polizeistunde in München wurde ein ausführliches Referat über die Unrentabilität der Gaststätten infolge der steuerlichen Lasten gehalten und erklärt, daß eine Hauptursache für die derzeitige wirtschaftliche Notlage des Münchener Gastwirtsgewerbes neben den hohen Lustbarkeits- und Tanzabgaben vor allem die Getränkesteuer bilde. Während das Reich hinsichtlich der staatlichen Getränkesteuern wenigstens eine kleine Ermäßigung durchgeführt habe, sträubten sich die Gemeinden gegen jede Herabsetzung.

Falsche Banknoten zu 20 Reichsmark. Zur Zeit sind wieder falsche Banknoten zu 20 Reichsmark, Ausgabe 11. Oktober 1924, in Umlauf und wird vor Annahme solcher Noten gewarnt. Bei der echten Note ist das Gesamtbild klar, die Augen am Bildnis auf der Vorderseite am Beschauer vorbeisehend, die Nase gerade, Mund und Kinn scharf ausgeprägt und deutlich erkennbar und die Fasern in das Papier eingebettet. Bei den falschen ist das Gesamtbild verschwommen, die Augen der Figur sind auf den Beschauer gerichtet, die Nase der Figur ist breit und sattelförmig, Mund und Kinn verschwommen, Unterlippe nicht erkennbar und die Fasern aufgeklebt und leicht abzulösen. Für Ergreifung der Täter sind 6000 M. Belohnung ausgesetzt. Mitteilungen erbittet bei Auftreten in Bayern sofort die Falschgeld-Abteilung der Münchner Polizeidirektion.

Falsche Noten über 10 Reichsmark und 10 Rentenmark wurden wieder festgestellt. Das Papier der ersteren ist leicht grünlich getönt, glatt und weich im Griff, die Pflanzenfasern fehlen, das Wasserzeichen ist durch farblosen Aufdruck nachgebildet, die gemusterte Blindprägung ist nur teilweise scharf sichtbar. Die Falschscheine zu 10 Rentenmark haben gewöhnliches Papier, die Fasern fehlen vollständig, oder sind vorgetäuscht, die große Zierzahl „10" in der Mitte des Untergrundmusters ist undeutlich wiedergegeben.

Vereine und Verbände

D.H.V. Die Ortsgruppe München im Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband (D.H.V.) veranstaltet am Donnerstag, den 22. d. M., im Pschorrbräuhaus (vorderes Zimmer), Bayerstraße 30, einen geselligen Abend, wozu die Mitglieder und ihre Angehörigen hiermit eingeladen werden.

Masdasnanvereinigung München. Anschließend an die Vorträge von Dr. med. Sorge, gibt vom 26. bis einschl. 30. Oktober Frl. F. Mangold einen Kochkurs für Herbst- und Winterdiät. Der Kurs findet in zwei parallelen Lehrgängen, 1. von 9—11 Uhr vormittags, 2. von 7—9 Uhr abends, in der Städt. Gasanstalt, Sonnenstraße 6, statt.

Letzte Nachrichten

Zechenunglück bei Dortmund — Sechs Tote

Dortmund, 22. Oktober. Heute morgen gegen 8 Uhr verunglückten auf der Schachtanlage „Germania I/VI" in Marten bei Dortmund sechs Bergarbeiter tödlich. Sie hatten verbotswidrig an einem Seil einen Blindschacht befahren, wobei das Seil riß. Sämtliche Verunglückte stammen aus Marten, von denen drei verheiratet und drei ledig sind.

Griechenland am Vorabend des Krieges

Athen, 22. Oktober. Starke Truppentransporte gehen an die bulgarische Grenze ab. Alle verfügbaren Fliegerabteilungen sind bereits an der Grenze stationiert worden, um die bulgarischen Truppenbewegungen zu beobachten.

In militärischen Kreisen rechnet man mit dem baldigen Beginn der Feindseligkeiten.

Unzweifelhaft haben diejenigen, welche festen Glauben in das Evangelium setzen, einen Vorteil vor allen übrigen voraus, weil, wenn das Evangelium wahr ist, sie im zukünftigen Leben ihren Lohn erhalten, und, gibt es kein zukünftiges Leben, dann teilen sie nur mit den Ungläubigen den ewigen Schlaf, nachdem sie die Stütze einer erhabenen Hoffnung ihr Leben lang gehabt und keine nachträgliche Enttäuschung erfahren haben.

Byron.

Was bedeutet der Gruß „Heil"?[1]

Im Germanischen haftet der Begriff des „Orenda" (Zaubermacht) vor allem an heil, es ist „Kraft, Tüchtigkeit, Vermögen, die sich in Klugheit und gutem Gedeihen, in Gesundheit und körperlicher Kraft, in gewonnener Machtstellung des Mannes, in der Fruchtbarkeit der Frau offenbarten". In jedem freien Mann wirkte dies magische Fluidum, das man bei gesteigerter Lebensenergie als wohliges Lebens- und Kraftgefühl durch den Körper rieseln spürte. Wer solches heil besaß, war heilagr; das ist die Grundbedeutung unseres Wortes heilig. Überall wirkt die Kraft: in Speise und Trank, in der Waffe, die der Arm führt, in der Flamme des Herdfeuers, im Blut des Götteropfers, im Ei und dem blühenden Frühlingskätzchen am knospenden Strauch, im Mistel- und Wacholderzweig, im Osterwasser und im Sonnwendfeuer. Heilig geht auf urgerm. haila zurück. Noch neuhochdeutsch stehen sich heil und heilen, heilig sehr nahe: Gesundheit, Glück und seelisches Wohlbehagen hat man früher nicht geschieden. Sollte ein Sklave losgekauft werden, so legte man mannheill auf ihn; damit wird er unverletzlich, sein Totschlag erheischt schwere Sühne.

Wir ahnen jetzt, was der altgermanische Gruß „Heil!" eigentlich bedeutete, das wir heute nur als ganz abgeblaßtes, farbloses, entseeltes Wort gebrauchen: „Der Grüßende gab mit dem Worte dem andern Anteil an seiner Kraft und Heiligkeit. Er gab heill. War er ein Häuptling mit starkem Glück oder hatte er sonst einen kräftigen Sinn, so war das ‚Heil', das er sagte, in sich selbst schon eine wertvolle Gabe. Des Friedensgrußes Inhalt beruht auf dem eigenen Wesen dessen, der ihn spricht, wie Jesus von seinen Jüngern mit den Worten Abschied nimmt (Joh. 14, 27): ‚Den Frieden lasse ich euch, meinen Frieden gebe ich euch'."

[1] Aus: „Der arische Weltkönig und Heiland." Bedeutungsgeschichtliche Untersuchungen zur indo-iranischen Weltgeschichte und Altertumskunde von Dr. Hermann Güntert, ord. Professor der Vergl. Sprachwissenschaft an der Universität Rostock. Verlag Halle, Max Niemeyer, 1923.

Kongreß für Tropenmedizin

Mit dem Gedenktage des 25jährigen Bestehens des Hamburgischen Instituts für Schiffs- und Tropenkrankheiten wurde, wie aus Hamburg berichtet wird, in dessen Hörsaal die Tagung der Deutschen Tropenmedizinischen Gesellschaft eröffnet. Die Erforschung der Tropenkrankheiten und Tropenhygiene ist noch eine junge Wissenschaft. Aber in den verflossenen 25 Jahren hat sich das Hamburger Forschungsinstitut einen Weltruf erworben. Robert Koch baute mit einem Stabe junger, trefflich vorgebildeter Forscher das hamburgische Tropeninstitut aus und widmete, die Anstrengungen eines Lebens im afrikanischen Busch nicht scheuend, seine letzten Lebensjahre in segensreichster Arbeit den neuen Problemen der Tropenmedizin. Eine ganze Reihe bisher unerkannter tropischer Volks- und Viehseuchen wurde durch die Gelehrten Schaudinn und Ehrtal aufgeklärt und erforscht.

Der Begrüßungsabend des Kongresses brachte zunächst einen Vortrag von Plehn, Berlin, über die Entwicklung des Schwarzwasserfiebers. In der anschließenden Vorstandssitzung der Gesellschaft wurden geschäftliche Fragen erledigt. Größte Bedeutung beanspruchten die Vorträge Professor Dr. Mühlens, Hamburg, und des Oberarztes am Tropengenesungsheim in Tübingen, Dr. Huppenbauer, über die Heilung der Amöbenruhr (Tropendysenterie) durch Yatren 105. Dr. Huppenbauer bezeichnete sie als die gefährlichste Tropenkrankheit. Als das Hamburger Tropeninstitut im Jahre 1921 bahnbrechend mit Yatren 105 als neuem Heilmittel gegen die Dysenterie hervortrat, äußerten sich Professor Mühlens und Menk noch sehr zurückhaltend über die Frage einer definitiven Heilung der Krankheit durch dieses Mittel. Durch die tatkräftige Mitarbeit der deutschen Tropenmediziner wurde unverzüglich an eine umfassende Nachprüfung an allen Hauptamöbenruhrplätzen der Welt herangegangen. Heute kann man sagen, daß mit Yatren 105 das seit langem gesuchte Heilmittel gegen die akute und chronische Amöbenruhr geschaffen ist. Der Vortragende sprach die Hoffnung aus, daß die Hamburger Tagung noch weitere Teile der Welt mit diesem einzig dastehenden Mittel bekannt machen möge. Nach dem „Bayer 205" für die Bekämpfung der Schlafkrankheit bietet die deutsche Tropenmedizin der Welt nunmehr in Yatren 105 die Segnungen eines Heilmittels gegen die Amöbenruhr, die Krankheit, die durch lange Zeiten in den Tropen eine schwere Lebensbedrohung gewesen ist. Prof. Dr. Mühlens bestätigte, daß die Behandlungsergebnisse auch in alten chronischen Fällen fast einstimmig als überraschend günstig zu bezeichnen sind. Durch Anwendung des Yatren 105 wird ein schnelles Verschwinden der Amöben und eine Abheilung der Darmgeschwüre erzielt ohne irgendwelche schädigenden Einwirkungen auf den Gesamtorganismus.

Der Tempel des Lebens entdeckt?

Nach den „Shangai-Times" hat der chinesische Gelehrte Dr. Lia Ssin den sagenhaften „Tempel des Lebens", der irgendwo im Innern von Tibet seit langer Zeit vermutet wird, gefunden. Lia Ssin — erzählt das Blatt — durchquerte die Wüste Gobi, erklomm eine hohe, schneebedeckte Gebirgsplatte, und sah vor seinen Füßen ein grünes, fruchtbares Tal, und in dem Tal inmitten einer Gebäudegruppe von unbekannter Bauart ein stolzes Bauwerk — den Tempel des Lebens. Ein Pilger, der ihm die Rettung seines Lebens verdankte, hatte ihm aus Dankbarkeit den Weg genannt, und so fand er die Stelle, deren Kenntnis das Schweigegelübde der Eingeweihten bis dahin der Forschung vorenthalten hatte.

Der Tempel ist aus schwarzem und grauem Granit erbaut, sein Alter reicht weiter zurück als das der ältesten indischen Pagoden, selbst der ägyptischen Pyramiden; eine Inschrift, die der Gelehrte entzifferte, läßt den Schluß zu, daß seine ersten Bewohner Chaldäer, Inder und Chinesen gewesen sind. Augenblicklich wird er von 200 Mönchen bewohnt, die 20 verschiedenen Völkerschaften angehören; auch ein Deutscher soll unter ihnen sein. Telepathie und Hellseherei ist ihre Beschäftigung. Sie ernähren sich, gleich den übrigen Bewohnern des Tales, von Früchten, Geld kennt man dort nicht. Aber sehr alt sollen sie werden. So sah — berichteten die „Shangai-Times" — Lia Ssin einen Greis von 200 Jahren, der wie ein 60jähriger aussah. Die Gegend scheint also sehr gesund zu sein. Und in einem der Gebäude entdeckte der Forscher die am Tische sitzende Mumie eines Tempelweisen, der vor 250 Jahren gestorben war, vor ihm eine unvollendete Handschrift... Nachdem sich Lia Ssin drei Monate an diesem geheimnisvollen Orte aufgehalten hatte, erhielt er die Erlaubnis zur Abreise.

Residenztheater. In der Erstaufführung des Schauspiels Vasantasena von Lion Feuchtwanger am Samstag, 24. Okt., sind in Hauptrollen beschäftigt Fräulein Wagner und die Herren Diehl, Fischel, Graumann, Kellerhals, Kunath, Kupfer und Waldau. Inszenierung: Pape; Bühnenbild: Pasetti.

*

Im 1. Abonnement-Konzert am Montag, den 26. Oktober 1925, abends 7.30 Uhr, in der Tonhalle, wird unter Leitung des Herrn Präsidenten Dr. Siegmund von Hausegger aufgeführt: 1. J. S. Bach: Suite D-dur; 2. L. v. Beethoven: a) Vierte Symphonie B-dur, op. 60; b) Ouvertüre zu Collinis Trauerspiel Coriolan; 3. Rich. Wagner: Die Meistersinger von Nürnberg, Vorspiel.

Mara Feldern-Förster, die durch die von ihr geleitete dramatische Schule allseits bekannte Künstlerin, rezitierte am Dienstag nachmittag im Frauen-Klub München vor einem intimen Kreis geladener Zuhörer. Der Vortrag umfaßte ausschließlich nur moderne russische Dichter wie Alexei Remisow, Alexander Puschkin und Alexander Block. Die hervorragende Künstlerin zog ihre Zuschauer bereits während der ersten Erzählung, die sie las, so in Bann, daß nach Beendigung eines jeden Vortrages minutenlanges Schweigen folgte. Man empfand hier so deutlich den Zauber jener guten alten Künstlerschule, die bedauerlicherweise in letzter Zeit so ganz in den Hintergrund gedrängt wurde, um der modernen, seichten Vortragsart mit möglichst unverständlicher Aussprache Platz zu machen. So verflog die Stunde im Flug, aber die Erinnerung an jene eine Stunde der wirklichen Kunst bleibt unvergeßlich im Herzen aller, die das Glück hatten, der Vorlesung Mara Feldern-Försters beizuwohnen.

*

Der Bubenkopf als Weltanschauung. Das ist kein Witz, sondern ein feuilletonistischer Brillant, den ein Schmock aus seinem Miste gekratzt hat und den er nun mehrere Spalten lang im Berliner Tageblatt beackert. Man genieße: „Längst bedeutet der Bubenkopf erheblich mehr als eine Angelegenheit der äußeren Form, er wurde beinahe so etwas wie der Ausdruck einer Welt- und Lebensanschauung, Charakteristikum der Fortschrittlichen, Symbol des Losgelöstseins von mindestens einigen Vorurteilen." Siehst du, deutscher Faust, was für ein umständlicher Lakkel du warst? Da ringen seit Jahrhunderten deine besten Geister, um immer von neuem und immer vollkommener dein tiefstes Selbst darzustellen — und nun? Du gehst zum Haarkünstler und — schnipp, schnapp — kommst in 15 Minuten mit der allerneuesten, vom Berliner Tageblatt zugelassenen Weltanschauung wieder heraus. Wirtschaft, Horatio! Technik und Geschwindigkeit, lieber Freund!

Auch sonst hat das beregte Aufsätzchen noch allerlei Reize. Beispielsweise: „Eine junge Frau, deren Gatte gern zum zweitenmal Vater werden wollte, ließ diesen Wunsch aus Eitelkeit unerfüllt; aber als alles Bitten um seine Erlaubnis zum Bubikopf nichts half, versprach sie ihm den zweiten Sprößling!" Frau Nachbarin, euer Fläschchen? Nein, eine Peitsche!

B.B.K.

Das Heine-Denkmal, das die Kaiserin Elisabeth im Parke ihres Schlosses in Korfu hatte errichten lassen und das später in privaten Besitz überging, soll nun öffentlich in Altona aufgestellt werden. Nun ja, auch Altona blamiert sich, so gut es kann. Von dem vollständigen Wandel in der Schätzung dieses „deutschen Dichters", der als von der französischen Regierung bezahlter Spion gleichzeitig auch von der preußischen Regierung Geldunterstützung erbettelte, scheint die Mehrheit der Stadtväter Altonas nichts zu wissen. Oder sollte man jene Geschäftstüchtigkeit gerade als besonderes Verdienst schätzen? Wohl möglich im nachnovemberlichen Deutschland.

Goethe und der Referendarius. Als Goethe Minister in Weimar war, hielt er streng auf Anstand und Etikette. Er bemerkte es daher sehr mißfällig, daß ein Referendarius die Sitzungen mit Sporen an den Stiefeln besuchte. Eines Tages, als der junge Mann wieder mit gewaltigen Schritten durch das Sitzungszimmer klirrte, unterbrach der Minister die Sitzung und sagte in liebenswürdigstem Ton: „Herr Referendarius, reiten Sie doch gefälligst einmal in die Registratur und lassen sich die Akten in Sachen N. N. geben." Goethe soll seit diesen Worten niemals mehr über unvorschriftsmäßige Kleidung der ihm Unterstehenden zu klagen gehabt haben.

Das Geburtshaus Hugo Wolfs. Wie die „Cillier Zeitung" meldet, ist das Geburtshaus des großen Tondichters Hugo Wolf in Windischgrätz (Steiermark) in den Besitz des Großindustriellen Franz Woschnagg-Schönstein übergegangen.

Sie brauchen nicht auf das

Urteil im Dolchstoßprozeß

zu warten, Sie können schon heute das

richtige Urteil

selbst bilden. Lesen Sie

Volksvergiftung 1914–1918

Dokumente

der Vorbereitung des 9. November 1918 von Wolfgang Breithaupt

Diese Enthüllungen, die durch **unleugbare Dokumente** belegt sind, belasten vor allem den rechten Flügel der Sozialdemokratie, der immer wieder versucht hat, seine Bestrebungen mit einem Mantel von Idealismus zu umhüllen. Das Buch schildert klar und folgerichtig die Entwicklung der revolutionären Bewegung und bietet die vollständigste Sammlung von Zeugnissen sozialistischer und pazifistischer Volksvergiftung während der Jahre 1914–1918. U. a. enthält dieses Buch eine farbige Tafel und 30 photogr. Originalbriefe, Aufrufe usw. Preis in Ganzleinen gebunden M. 6.—

Buchhandlung Frz. Eher Nachf., G. m. b. H.
München NO 2 — **Thierschstr. 15**
Postscheckkonto München 11346

Aus der Bewegung

Erklärung

Eine in Forchheim bestehende Gruppe, die sich Ortsgruppe der N.S.D.A.P. nennt, hat den Anordnungen der Parteileitung bisher nicht Folge geleistet und wird daher nicht anerkannt.

Sie hat keine Berechtigung, den Namen „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei" zu führen. Die Bildung einer ordnungsgemäßen Ortsgruppe der N.S.D.A.P. wird von der Parteileitung selbst in die Wege geleitet.

Für die Parteileitung:
gez.: Adolf Hitler.

Völkische Bücherei (Kaiserstr. 48). Ausleihestelle für Arbeiter und Studenten, Dienstags, Donnerstags und Samstags 6–8 Uhr. Völkische Zeitungen liegen auf.

Aus Bayern und Reich

Veranstaltungen

Gau Groß-Berlin

Sprechabende am Freitag:

Bezirk X. (Zehlendorf, Schlachtensee, Dahlem, Nikolassee, Wannsee), um 8½ Uhr im Lokale von Hermann Naß, Zehlendorf-Mitte, Alsenstraße 45.

Bezirk XI. (Schöneberg, Friedenau), Ortsgruppe Schöneberg, um 8½ Uhr im Lokale Stadt Schöneberg, Mühlenstr. 18.

Bezirk XVII. (Lichtenberg, Friedrichsfelde, Karlshorst, Biesdorf, Marzahn, Hellersdorf mit Wuhlheide, Kaulsdorf, Mahlsdorf, Wuhlgarten), um 8 Uhr in dem Lokal, Lichtenberg, Skandinavische Straße 23.

Nationalistische Deutsche Arbeiterpartei, Gau Groß-Berlin

Antisemiten! Schaffende aller Stände! Nationalsozialisten!

Adolf Hitler

ist das Reden verboten, dafür spricht Pg. Hermann Esser (München) in zwei Massenversammlungen über „Börsenkolonie oder deutscher Freistaat?". Am Montag, 26. Okt., um 8 Uhr im Kriegervereinshaus, Berlin, N., Chausseestraße 94. Am Dienstag, 27. Oktober, um 8 Uhr im Tiergartenhof, Charlottenburg, Berliner Straße 1. Juden ist der Zutritt verboten! Unkostenbeitrag 30 Pfennig. Kriegsbeschädigte und arbeitslose Parteigenossen gegen Ausweis frei.

Versammlungsberichte

Ortsgruppe Hof i. Bay. Am vergangenen Montag, den 19. ds., fand unsere diesmonatliche Mitgliederversammlung statt, welche trotz des ungünstigen Wetters riesigen Besuch zeigte; sprachen doch an diesem Abend zugleich zwei Redner, Pg. Pfarrer Heerdegen aus Hof und Pg. Preisinger aus Schleiz. Letzterer sprach über das Thema „Was heißt Nationalsozialist", und erntete derselbe mit seinen Ausführungen reichen Beifall. Nachdem unser Ortsgruppenführer Pg. Rheingruber noch anhand des „Völkischen Beobachters" einige der Unterschriebenen des Aufrufes zur Eckenerspende bekanntgab und zum Ausdruck brachte, der Eckenerspende von unserer nationalsozialistischen Seite aus ja keinen Pfennig zuzuführen, wurde die im echten Hitlergeist verlaufene Versammlung in vorgerückter Stunde geschlossen. 24 Neuaufnahmen waren der Erfolg! Beob. — Ludendorff beim Tannenberg- 2

Ortsgruppe Schlema. Am 16. Oktober trat unsere Ortsgruppe wieder einmal durch eine öffentliche Volksversammlung vor die breite Öffentlichkeit unseres Ortes. Gauleiter Fritz Tittmann sprach vor den zahlreich aus allen Bevölkerungsschichten erschienenen Zuhörern in bekannter klarer und überzeugender Weise über — Bankjuden und „Arbeiterführer" vereint im Kampf gegen das schaffende Volk. — Der Redner verstand es, den Kern der Judenfrage uns zu verdeutlichen. Nicht Konfession, sondern Rasse ist der Grundgedanke des Judentums. Früher zurückhaltend, gesteht der Jude heute zynisch offen die Schaffung eines jüdischen Nationalstaates zum Zwecke einer Zentrale der Weltherrschaft. Der sogenannte Kampf, den Sozialdemokraten u. a. seit über 50 Jahren angeblich gegen das Kapital führen und der Erfolg dieses Kampfes lehrt uns den Zweck dieser ganzen Übung klar erkennen vonseiten dieser sogen. Arbeiterführer, die im trauten Verein in Ausschüssen, z. B. des zionistischen Kongresses zusammen mit Bankjuden, Warenhausjuden u. a. sitzen. Eine liebliche Auslese, die Cohen, Wassermann, Leon Blum, Loeb, Brumbach usw.

Ortsgruppe Grimma veranstaltet am 12. d. M. ihren Sprechabend im „Ob. Bahnhof". Nachdem der Vorsitzende der Ortsgruppe, Pg. Kfm. Wolfg. Plaul, den anwesenden Gauleiter, Pg. Eisenbahninspektor A. Dietze, Naunhof, und die anderen Parteigenossen begrüßt hatte, verteilte er die nunmehr endlich eingegangenen Mitgliedkarten. Er ermahnte die Mitglieder, sich der Partei würdig zu zeigen und sich nicht zu irgendwelchen Taten hinreißen zu lassen, die das Ansehen der Partei untergraben. Weiterhin verbot der Vorsitzende aus denselben Gründen die Zugehörigkeit zu irgendwelchen Geheimorganisationen, die ohne weiteres den Ausschluß aus der Partei nach sich ziehen würde.

Mit Entrüstung wurde Kenntnis genommen, daß von der Leitung des 1. Reichskriegertages in Leipzig der Generalquartierfeister des Weltkrieges, General der Infanterie Ludendorff, nicht mit eingeladen worden ist. Die Gründe, die hierfür maßgebend waren, dürften jedem wahrhaft Deutschem klar auf der Hand liegen. Trotzalledem beteiligt sich die Ortsgruppe geschlossen an der am 17. stattfindenden Nationalsozialistischen Kundgebung in Leipzig. Wir Nationalsozialisten haben es nicht nötig, uns vor diesen „sogenannten Nationalen" (denken wir an das Betragen des Fürsten von Lippe! !) zu verkriechen.

Weiterhin wurde beschlossen, am 9. November eine Gedenkfeier für unsere am 9. November 1923 feige in München ermordeten Parteigenossen abzuhalten.

Nach Erledigung einiger weiterer organisatorischer Angelegenheiten hielt Pg. A. Dietze Naunhof, einen sehr interessanten Vortrag über das Thema: „Welchen Wert besitzt das alte Testament für das deutsche Christentum". Seine Ausführungen stützten sich auf das Buch „Der deutsche Heiland" von Hauptpastor Andersen, Flensburg.

Nachdem der Vorsitzende für den Vortrag gedankt hatte, wurde der Sprechabend mit einem Heil auf unseren Adolf Hitler unter Absingen des Hitlerliedes geschlossen.

Der „Völk. Beobachter" liegt stets im „Ob. Bahnhof" aus. Geschäftsstelle: Pg. Gärtnereibesitzer Karl Herzog, Grimma, Magazinstr. 12. Telephon, Grimma 151.

Alle Nationalsozialisten, Hitleranhänger und Antisemiten von Grimma und Umgebung werden aufgefordert, sich umgehend mit der Geschäftsstelle in Verbindung zu setzen.

Ortsgruppe Hirschberg, Schles. Über das Thema: „Der Nationalsozialismus, Deutschlands Rettung", sprach am 8. ds. Mts. im Gerichtskretscham in Bertelsdorf/Rsgb. Pg. Borstel, Hirschberg. Fünf Neuaufnahmen waren der äußere Erfolg des Abends. Unter der rührigen Werbearbeit des Pg. Mühl, Bertelsdorf, wird die Bewegung auch in diesem schlesischen Gebirgsdorf rüstig vorwärts schreiten.

Am Sonnabend, den 10. d. Mts., hat die N.S.D.A.P. einen Deutschen Abend in der deutsch-tschechischen Grenzstadt Liebau veranstaltet, an der nicht nur unsere Liebauer Parteigenossen zahlreich teilnahmen, sondern zu der auch zum ersten Mal unsere sudetendeutschen Brüder aus Schatzlar und Hohenelbe erschienen waren. Von welchem Geist die unter tschechischen Terror stehenden Nationalsozialisten beseelt sind, zeigten die erschienenen Hohenelber, die einen 8stündigen Fußmarsch nicht gescheut hatten, um an der Veranstaltung teilzunehmen. Der Abend, eingerahmt durch schneidige Armeemärsche und wirkungsvoll vorgetragene deutsche Zeitgedichte, verlief in vollster Harmonie. Pg. Borstel führte den Anwesenden das ganze Sklavendasein unserer Gegenwart eindringlichst vor Augen, um mit dem Weg aus dieser Knechtschaft jedem die Pflicht zur gesteigerten Mitarbeit einzuhämmern, wenn wir nicht einstmals uns vor unseren Kindern und vor uns selbst schämen wollen. Der Schatzlarer Ortsgruppenführer, Pg. Umlauf, begrüßte mit freudiger Genugtuung das Entstehen einer Ortsgruppe in Liebau und versprach, zu jeder Zeit bereit zu sein, Schulter an Schulter mit seinen reichsdeutschen Brüdern gegen den gemeinsamen Feind, das Judentum mit seinem zersetzenden Einfluß auf allen Gebieten mit aller Schärfe zu kämpfen. Heitere Vorträge und ein gemütliches Tanzkränzchen hielt die Teilnehmer noch lange beisammen.

Die Sprechabende der Ortsgruppe Hirschberg finden wöchentlich Mittwochs im „Goldenen Greif" statt. Jeder Pg. ist nicht nur verpflichtet zu diesem zu erscheinen, sondern auch neue Gesinnungsfreunde der Partei zuzuführen.

Aus anderen völk. Verbänden

Frontkriegerbund, e. V., Bezirksgr. Schwabing. Donnerstag, den 22. Oktober, abends 8 Uhr, findet in der Nordendturnhalle, Nordendstraße Nr. 33, Kneipzimmer, Familienzusammenkunft statt. Möglichst zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Gib Dein Kampfblatt weiter!

Handel und Volkswirtschaft

Locarno und Kreditbetrieb

Infolge des Abschlusses der Konferenzverhandlungen, welcher in den Vereinigten Staaten als „Fortschritt in der Konsolidierung der europäischen Verhältnisse" angesehen wird, hat der Kurs der Dawes-Anleihe an der Newyorker Börse erstmalig am 19. Oktober den Paristand erreicht. Nachdem der Kurs in der Mitte des Vormonats nahe an pari herangekommen war, mußte er im weiteren Verlauf wieder nachgeben, und war während der Konferenzdauer vorübergehend abgeschwächt.

14. Sept. 99.25; 21. 98.50; 30. 97.75; 5. Okt. 98.12; 13. 98.—; 15. 98.87; 17. 99.50; 19. 100.—.

Bekanntlich ist die Kursbildung der Dawes-Anleihe seit ihrer Einführung an der Newyorker Börse stets ein getreues Spiegelbild der amerikanischen Auffassung von der Lage der deutschen Wirtschaft gewesen und hat sich infolgedessen allen politischen Ereignissen gegenüber besonders empfindlich gezeigt. Der jetzige Höchstkurs läßt somit auf eine optimistische Beurteilung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands durch Amerika nach dem Zustandekommen des Westpaktes schließen. Dazu mag auch der Besuch Dr. Schachts in Newyork beigetragen haben.

Auch in finanzpolitischen „deutschen" Kreisen wird anläßlich des Abschlusses der Locarner Konferenz behauptet, daß „ein Strom von Anleihen und Krediten in unsere kapitalentblößte Wirtschaft fließen wird." Man wird in der Annahme nicht fehlgehen, daß die Reise des Reichsbankpräsidenten nach Amerika Dr. Schacht nicht nur Gelegenheit geben wird, über das „Zusammenarbeiten der Notenbanken" sich mit den maßgebenden Persönlichkeiten der Vereinigten Staaten zu besprechen, sondern daß im Zusammenhang mit den Erörterungen über den Dawesplan, und insbesondere über das Transfer-Problem auch die Frage des „umgekehrten Transfer", das Problem der ausländischen Anleihen für Deutschland einer befriedigenden Lösung entgegengeführt werden dürfte.

Soweit private Meldungen über „Locarno und Anleiheproblem". Aus Amerika kommen dazu noch folgende Nachrichten:

„Der Besuch Dr. Schachts begegnet überall größter Anteilnahme. Auch die Börse reagiert lebhaft, indem die Dawes-Anleihe erstmalig den Parikurs, und die Anleihe der Deutschen Rentenbankkreditanstalt einen Höchstrekord von 95½% erreichte. Trotzdem Anstrengungen gemacht werden, den Besuch lediglich als einen Höflichkeitsakt hinzustellen, sieht die Newyorker Bankwelt in dem Besuch die Gewähr dafür, daß neue Geschäftsmöglichkeiten mit der kapitalsarmen deutschen Wirtschaft eröffnet werden; es erneuert sich auch das bereits früher bezeichnete Gerücht, daß Dr. Schacht versuche, deutsche Industriekredite in Höhe von 100–200 Millionen Dollar zu sichern. Hierbei soll ein neues Verfahren in Vorschlag gebracht werden, wonach die noch nicht völlig überwundene Antipathie Newyorker Banken gegen die Gewährung von Privatkrediten beseitigt werden soll. Die Reichsbank würde danach in jedem einzelnen Falle die Kapitalsanlage der kreditsuchenden Firma und die Kreditwürdigkeit begutachten."

Mittlerweile beginnt das Reichsfinanzministerium die Gefährlichkeit des Kreditbetriebes einzusehen, wenn die Anleihen nicht für „produktive Zwecke" Verwendung finden, und kritisiert scharf an den Kommunalanleihen herum.

Die beim Reichsfinanzministerium gebildete Beratungsstelle für Auslandskredite, deren Begutachtung die Auslandskredite der Kommunen unterliegen, weist darauf hin, daß bisher mit Zustimmung der Beratungsstelle nur die Anleihen der Städte Berlin, Köln und München in den Vereinigten Staaten von Amerika zur Ausgabe gelangt sind. In letzter Zeit sind verschiedentlich Anträge anderer Kommunen durch die zuständigen Landesregierungen der Beratungsstelle zur Begutachtung vorgelegt worden. Die Beratungsstelle wird indes, wie mitgeteilt wird, in allen Fällen die unbedingte Notwendigkeit und Nützlichkeit derartiger Anleiheanträge prüfen. Die Beratungsstelle steht auf dem Standpunkt, daß nur in ganz besonderen Ausnahmefällen die Produktivität der von den Städten erstrebten Auslandskredite nachzuweisen sein wird. Sie ist aber der Meinung, daß in allen Fällen, in denen das nicht möglich ist, die Ausgabe von Auslandsanleihen deutscher Städte im Hinblick auf den Schutz der Währung zu unterlassen ist. Es muß verhütet werden, daß die vom Ausland für die deutsche Wirtschaft verfügbaren Gelder durch Anleiheaufnahme der Städte geschmälert werden, denn es erscheint viel dringlicher, Industrie und Landwirtschaft, soweit sie Kredite zur Hebung des Exportes, oder mittelbar zur Minderung des Exportes verwenden können, mit Auslandskrediten auszustatten, als den Kommunen Mittel zuzuführen für Zwecke, die zwar an sich wertvoll sind, aber auf eine spätere Zeit zurückgestellt werden können.

Es ist charakteristisch genug, daß jetzt amtliche Stellen, wenn auch unter Vorbehalt, gegen das Kreditsystem mobil machen.

Der deutsche Farben-Trust

Die Firmen der Interessengemeinschaft der deutschen Farbenindustrie haben sich behufs Vereinfachung, Verbesserung und Verbilligung durch zweckmäßigere Ausgestaltung ihrer Betriebs- und Verkaufsorganisation dahin verständigt, daß, sobald die dazu erforderlichen Übergangsmaßnahmen getroffen sind, sie ihren Generalversammlungen Anträge auf Fusionierung vorzulegen beabsichtigen. Die Fusion soll in der Weise erfolgen, daß die Firmen in der Badischen Anilin- und Sodafabrik aufgeben. Die letztere wird ihr Kapital um die Aktienkapitalien der übrigen Firmen erhöhen und die neuen Aktien gegen gleiche Nennbeträge in den der aufgehenden Firmen austauschen. Der Name wird abgeändert in „J.-G. Farbenindustrie A.-G.". Der Sitz wird nach Frankfurt a. M. verlegt. Die fusionierten Firmen bleiben mit ihren bisherigen Namen als Zweigniederlassungen bestehen.

Aus den mannigfachen Fabrikationsstätten der einzelnen Gemeinschaftsfirmen und der neuangegliederten Unternehmen werden vier regionale Betriebsgemeinschaften, nämlich „Oberrhein", „Mittelrhein", „Niederrhein" und „Mitteldeutschland", aus den neuen Verkaufsstellen für die verschiedenartigen Produkte fünf zentral und regional gegliederte Verkaufsgemeinschaften, nämlich Farbstoffe, Stickstoffprodukte, Pharmaceutica und Schädlingsbekämpfungsmittel, Photographica und Kunstseide, sowie anorganische Zwischenprodukte gebildet.

Es ist in Aussicht genommen, den Vorstand unter dem Vorsitz von Geh.-Rat Prof. Dr. Bosch in Ludwigshafen aus den Vorstandsmitgliedern den neuen Aufsichtsrat aus den Aufsichtsratsmitgliedern der jetzigen Interessengemeinschaftsfirmen zu bilden. Zu diesen treten dann noch die heutigen Vorsitzenden der Vorstände hinzu. Letztere, die bisher dem Gemeinschaftsrat der Interessengemeinschaft angehörten, werden zukünftig einen Ausschuß im Aufsichtsrat (Verwaltungsrat genannt) bilden, der mit weitgehender Arbeitsteilung die Kontrolle und die Überwachung der neuen Gesellschaft vornimmt. Für den Vorsitz im Aufsichtsrat und im Verwaltungsrat wird Geheimrat Prof. Dr. Duisberg in Leverkusen, als stellvertretende Vorsitzende werden erstens im Aufsichtsrat Dr. vom Rath (Höchst), Prof. Dr. Müller (Ludwigshafen) und Karl v. Weinberg (Frankfurt), zweitens im Verwaltungsrat Geheimrat Dr. Häuser in Höchst und Karl v. Weinberg in Vorschlag gebracht werden. Die neue Organisation soll so schnell als möglich zur Durchführung gelangen.

Wenn man die Kapitalien der in dem neuen Farbentrust vereinigten Gesellschaften: **Badische Anilin- und Sodafabrik, A.-G. für Anilinfabrikation, Chemische Fabrik Griesheim-Elektron, Farbwerke vorm. Meister, Lucius u. Brüning, Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer und Chemische Fabriken Weiler ter Meer** zusammen nimmt, dann errechnet sich ein Gesamtkapital von 641,6 Mill. Rm. Stammaktien und 4,4 Mill. Rm. Vorzugsaktien.

Der Anleihebetrieb

Die Badische Girozentrale bearbeitet eine Auslandsanleihe für badische Kommunen. Das Geschäft kommt demnächst vor die Aufsichts- bzw. Beratungsbehörde.

Die Anleihe der Hamburgischen Elektrizitätswerke ist nunmehr abgeschlossen. Vermittler sind die Commerz- und Privatbank in Hamburg und M. M. Warburg in Hamburg. Die Anleihe lautet über vier Millionen Dollar, ist mit 7 Prozent verzinslich und läuft zehn Jahre, jedoch mit dem Recht zur vorzeitigen Rückzahlung nach fünf Jahren. Der Erlös soll zu Erweiterungsbauten verwendet werden.

Bei der Umwandlung der Bankschuld der Mannesmann-Röhrenwerke in eine langfristige Obligationsanleihe handelt es sich um die Aufnahme einer Dollaranleihe. Eine Mark-Anleihe kommt für die Gesellschaft u. a. schon aus dem Grunde nicht in Frage, weil die Bankschulden des Unternehmens im Zusammenhang mit seinem Export zum allergrößten Teil in fremder Währung aufgenommen worden sind. Die Anleiheverhandlungen nehmen unter dem guten Eindruck, den die Abmachungen von Locarno auch im Auslande gemacht haben, einen befriedigenden Verlauf.

Es bestätigt sich, daß die Mologa-Holzindustrie-A.-G., anläßlich der Amerikareise eines Verwaltungsmitgliedes eine Amerika-Anleihe plant. Sie wird damit begründet, daß amerikanisches Kapital für Rußland direkt schwer zu erlangen sei, während die deutsche Gesellschaft, die bekanntlich in Rußland eine Holzkonzession ausbeutet, eher in der Lage sei, einen Kredit aufzunehmen. Die Notwendigkeit dürfte u. a. dadurch gegeben sein, daß die frühere Unterstützung der Mologa durch Stinnes in Fortfall gekommen ist.

Ford und Fiat

Zwischen der Ford Motor Company und den Fiat-Werken ist ein Abkommen abgeschlossen worden, das künftighin eine gemeinsame Tätigkeit der beiden großen Automobilkonzerne vorsieht. Die Fiat-Werke führen von nun an die Geschäfte der europäischen Niederlagen Henry Fords in Triest, Kopenhagen, Riga und Konstantinopel, anderseits übernimmt die Ford Company die Fiat-Niederlagen in Nord- und Südamerika für den Zusammenbau der Wagen und für die Versorgung mit Ersatzteilen. Die Fiat-Werke haben auf der Automobilausstellung in Olympia einen Auftrag im Werte von 300 000 Pfund Sterling erhalten.

Sozialpolitik

Die Sozialpolitik des Faschismus

Die Faschisten haben, wie wir unlängst kurz an anderer Stelle berichteten, mit ihrem sozialpolitischem Programm Ernst zu machen begonnen. An der Spitze desselben steht, wie erklärlich, die Frage der Arbeiterorganisationen, der Gewerkschaften. Mussolini, der selbst aus der Arbeiterschaft hervorgegangen ist, beteiligt sich auch persönlich lebhaft an diesen sozialistischen Problemen und erklärte vor kurzem, der Faschismus werde sich fortab hauptsächlich mit den Arbeitern zu beschäftigen haben.

Der Große Rat der Faschisten hat im Rahmen des geplanten Gesetzgebungswerkes, das Italien zu einem Ständestaat machen soll, Beschlüsse gefaßt, die den faschistischen Arbeiterorganisationen eine Art Monopolstellung verschaffen sollen. Sie allein sollen staatlich anerkannt werden. Die Gewerkschaften der sozialistischen und kommunistischen Richtung sollen zwar weiter bestehen, aber durch das Zusammenwirken von Arbeitgebern, Gesetzgebern und Verwaltung in allen entscheidenden Fragen ausgeschaltet werden. Lediglich mit den faschistischen Syndikaten wollen die Arbeitgeber Kollektivverträge abschließen. Lediglich die faschistischen Syndikate sollen befugt sein, vor den Schiedsgerichten, die den Kollektivverträgen bindende Kraft verleihen können, die Arbeiterschaft zu vertreten. Lediglich die faschistischen Syndikate sollen die Arbeitervertreter für das geplante Ständeparlament ernennen. Streik und Aussperrungen sollen unter Strafe gestellt werden in den Gewerbezweigen, für die Schiedsgerichte bestehen, außerdem in allen öffentlichen und Staatsbetrieben. Außerdem sollen Aussperrungen und Streiks nach Fällung eines Schiedsspruches, Streiks von Staats- und öffentlichen Angestellten sowie politische Streiks mit Strafe bedroht werden.

Im Zeichen des Dawespakts

Die Rombacher Hütte erklärt es als unmöglich, für ihre Hochofenbetriebe den Achtstundentag einzuführen, der einen nicht unerheblichen Mehraufwand an Löhnen erfordert. Die Werke haben darum am 19. Oktober ihren letzten Hochofen ausgeblasen. Dadurch kommen 280 Arbeiter zur Entlassung.

Die Arbeitslöhne in Schweden

In der „Sociala Moddelanden" veröffentlicht der amtliche Ausschuß für soziale Angelegenheiten das Ergebnis der lohnstatistischen Erhebung für das Jahr 1924. Die Erhebung umfaßte etwa 3000 Betriebe mit insgesamt 236 000 Arbeitern. Das durchschnittliche Lohneinkommen je Jahr und Arbeiter betrug 1924 2300 Kronen, welcher Betrag im Vergleich mit dem Jahre 1913 einer Erhöhung von 111 v. H. gleichkommt. Das Durchschnittseinkommen der männlichen Arbeiter (2580 Kronen) lag über, das der weiblichen Arbeiter (1520 Kronen) und der minderjährigen Arbeiter (980 Kronen) bedeutend unter dem Gesamtdurchschnitt. Wie in den vorhergehenden Jahren konnte auch 1924 eine Neigung zum Ausgleich des Lohnunterschiedes der männlichen und weiblichen Arbeiter festgestellt werden. Von 1913 bis 1924 ist z. B. der Lohn der weiblichen Arbeiter um 136 v. H. gestiegen, während bei den männlichen Arbeitern die Lohnsteigerung nur 108 v. H. betrug. Seit 1923 ist der Durchschnittslohn um 4 v. H. gestiegen. Seit 1920, als die Löhne am höchsten standen, ist jedoch eine Lohnsenkung von 29 v. H. eingetreten.

Ein Vergleich mit den Meßzahlen der Lebenshaltungskosten gibt ein Bild über die Verschiebung der Reallöhne in der Zeit von 1913 bis 1924. Bis zum Jahre 1919 stiegen die Löhne nicht so stark wie die Preise. Setzt man sowohl den Preis- als Lohnindex im Jahre 1913 gleich 100, so waren die entsprechenden Zahlen im Jahre 1919 261 und 256; 1920 269 und 294; 1921 241 und 271; 1922 195 und 208; 1923 177 und 202; 1924 174 und 210. Nach dem Jahre 1920 sind demnach sowohl die Lebenshaltungskosten als die Löhne gefallen, aber durch das schnellere Sinken der Preise haben sich die Reallöhne erhöht. Der Reallohn (1913 gleich 100) betrug 1919 gleich 98, 1920 gleich 109, 1921 gleich 112, 1922 gleich 107, 1923 gleich 114 und 1924 gleich 121.

Buchbesprechungen

Den Brennpunkt der deutschen Wirtschaft, die Mehrung des Ackerertrages, greift eine neue (die elfte) unter dem Titel **„Neue Stickstoffwerke auf Wasserkraft, eine Lebensnotwendigkeit für das deutsche Volk"**, im Verlag Jos. C. Huber, Diessen vor München, erschienene und von der Unteren Isar-A.-G. in München herausgegebene Schrift des Zivilingenieurs Johann Hallinger, München, auf. Die Schrift fordert die Errichtung neuer Großwasserkraftwerke in Bayern, um einen Teil der zur Mehrung des Ernteertrages in Deutschland noch erforderlichen Stickstoffmengen zu erzeugen. Die Lebensmittelmenge, die Deutschland einführen muß und für die im Jahre 1924 allein 2¾ Milliarden ans Ausland bezahlt wurden, kann im Inlande erzeugt werden, wenn genügend Stickstoff zur Verfügung gestellt wird. Der Verfasser hat bekanntlich 1914 die Steigerung der Leistung unserer Niederdruckwasserkräfte verfochten, mit dem Ergebnis, daß die bayerische Wasserkraftleistung von 500 000 PS auf 2 500 000 PS gestiegen ist. Er ist auch der Urheber des Planes für die Großwasserkraftausnutzung an der Rhein-Main-Donau-Wasserstraße. Seine neue Schrift hat für Alle, welche die Besserung unserer Wirtschaftslage anstreben, volles Interesse.

Um die Schutzgebietsanleihen. Die letzten Jahre haben immer wieder gezeigt, daß Tausende deutscher Volksgenossen, die vor dem Kriege Anleihen gezeichnet hatten, in ihren berechtigten Ansprüchen hintenan gesetzt wurden. Auch die Besitzer der Schutzgebietsanleihen zählen zu jener Kategorie der Geschädigten. Der Regierungsrat im Reichsentschädigungsamt, Dr. Hans Burchard, hat die Frage nach dem Schicksal der Anleihen zu beantworten gesucht und die Probleme in der anliegenden Broschüre erschöpfend behandelt. Der Verfasser weist in seiner Arbeit unter Zugrundelegung der Literatur und Rechtsprechung, und unter Berücksichtigung der völkerrechtlichen Voraussetzungen nach, daß die Schutzgebietsanleihe ein Papier ist, dessen Besitzer vollen Anspruch auf Abtragung gung der ihnen gegenüber eingegangenen Verpflichtungen haben.

Außerdem weist die Schrift nach, daß das Reich mit dieser Anleihe nicht mehr befaßt ist, sondern daß es sich vielmehr ausschließlich um selbstschuldnerische Verpflichtungen der Schutzgebiete handelt. Angesichts der politischen und wirtschaftlichen Bedeutung, die diese, bisher in der Praxis noch ungeklärte Frage hat, und an deren Lösung nicht zuletzt weite Kreise des Auslandsdeutschtum interessiert sind, dürfte der anliegenden Schrift ganz besondere Bedeutung zukommen. Sie erscheint im Verlag der „Auslandswarte", Berlin.

Hauptschriftleitung und verantwortlich für Politik: Alfred Rosenberg, für Lokales, Wirtschaft und Soziales: Dr. Hans Buchner; für Bewegung und Sport: Hansjörg Maurer; für Kunst und Wissenschaft: Josef Stolzing-Cerny; für den Anzeigenteil Ernst von Westernhagen. Verlag Franz Ehers Nachfolger, G. m. b. H.; Rotationsdruck: Münchner Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn.

Königin Meiken

Von Willi Scharlau.

(74. Fortsetzung) (Nachdruck verboten)

Das Essen wurde schweigend genossen, Steinburg hatte Zeit genug, alles zu beachten und wohl zu bemerken, daß in seinem Plane eine totale Änderung eintreten müßte, sollte er zum Ziele führen. Meiken schenkte ihm nicht einen Blick, achtete seiner Anwesenheit nicht, stand rasch und mit einem Ruck auf, als hätte sie schon zu lange neben ihm gesessen und verschwand als erste, gefolgt von allen, außer dem alten Kapitän.

Von kommen, sehen und siegen war hier keine Rede; hier schien es einer regelrechten Belagerung zu bedürfen, und Steinburg wollte sich in seine Kammer begeben, um dort zu überlegen, wie er nicht vergebens die Reise hierher gemacht haben möchte, als er sich am Ärmel gefaßt fühlte.

Hansen war zu ihm geschlichen, zog ihn in die Fensternische und murmelte hier, nachdem er sich scheu umgesehen hatte:

„Sagen Sie einmal, Herr, — Sie sind doch wohl aus der Stadt und müssen es wissen. — Ist das recht und in Ordnung, wie mich die Meiken, was meine Tochter ist, — Sie werden schon wissen. — Ja — die behandelt mich so schlecht. Seit einem Monat und noch länger ist kein Tropfen Rum im Hause, keinen Tropfen habe ich bekommen, — ist das nun in der Ordnung?"

Der Gast wußte nicht, was er dem alten Säufer antworten sollte. Meikens Absicht lag auf der Hand, daß man aber einen Gewohnheitstrinker nicht auf einmal alles entziehen darf, das wußte sie nicht. Daher der völlige Niederbruch des Alten.

„Habens wohl früher arg getrieben, Kapitän," meinte er dann, — „der Mensch muß sich an vieles gewöhnen."

„Morgens einen Grog," meinte der Alte, „und abends einen und die sind so schwach und werden alle Tage schwächer. — Und Geld gibt sie mir überhaupt nicht, — sie sagt, sie hat selber keins."

Hans Hansen begann wie ein Kind zu flennen.

„Ich kann doch Geld verlangen", sagte er schluckend. „Wenn ich mir etwas kaufen will, — sehen Sie, Herr, Sie verstehen mich doch? — Kann ich meine Tochter nicht verklagen?"

Steinburg wurde seine Lage in der Fensternische sehr peinlich.

Natürlich hatte die Tochter von ihrem Standpunkt aus recht, dem verkommenen Trinker weder ein Glas Schnaps noch einen Pfennig bares Geld in die Hand zu geben, denn für Geld konnte er selbst in der Gotteseinsamkeit Alkohol bekommen. Aber so von dem Vater des Mädchens festgehalten zu werden, das zu heiraten er herkam, das war doch ein starkes Stück.

Er wollte sich losmachen, der Alte hielt ihn krampfhaft fest. In seinem Kopfe schien es zu arbeiten, er konnte aber mit sich selbst nicht zu Rande kommen. Endlich fragte er hastig und mit einem scheuen Blick auf die Tür, indem er sich ganz nahe an Steinburg herandrängte:

„Wenn einer einen Brief bekommt, so einen von der Post, — Sie verstehen mich, Herr, — und wenn dann einer diesen Brief nimmt und ihn behält, — ich meine man blos so, — kann der bestraft werden?"

„Selbstverständlich, Kapitän, — so einer hat doch gestohlen."

„Aber es weiß keiner drum", murmelte der Alte. „Keiner weiß es, — da kann man ihn doch nicht bestrafen."

Hans Hansen verfiel wieder in seinen früheren Stumpfsinn, kümmerte sich nicht mehr um den Gast, sondern starrte zum Fenster hinaus in den Regen, der jetzt herabströmte.

Nur einmal meinte Steinburg zu verstehen: „Briefe nicht abgegeben", dann ließ er den Alten stehen und ging hinaus.

In seiner Kammer setzte sich Steinburg an den Tisch, zündete eine Zigarette an und überlegte.

Hier war irgend etwas geschehen, was geeignet schien, die Ausführung seines Planes, wenn nicht ganz zu verhindern, so doch mindestens sehr zu erschweren. Dies Hindernis aber mußte beseitigt werden, obgleich er keine Ahnung hatte, welcher Art es sei, wann und wo und wie es aufgetreten.

Er mußte es aber kennen, um es zu beseitigen.

Nun stellte sich ihm die Frage in den Weg, von wem er sich die ihm nötigen Kenntnisse erwerben sollte. Vom Vater? Der Alte schien geistig von den Folgen des Trunkes völlig niedergebrochen, er würde nur Unsinn reden.

Von der alten Janna oder den Dienstleuten?

Erstere würde ihm nichts verraten, selbst wenn sie ein Geheimnis kannte, das unverfänglich war, denn er war ein Fremder, und die Mägde und Knechte verstand er kaum.

Es gab überhaupt nur einen Weg, den geraden zu Meiken Hansen selbst. Schlug das fehl, nun, so mußte er sich in das Unvermeidliche finden und zuschauen, wie und wo er anderweitig sich durchschlüge.

An diesem Tage fand sich aber keine Gelegenheit mehr, mit Meiken allein sprechen zu können. Dagegen traf er Meiken am andern Vormittag auf der Diele. Er hatte vor, nach dem Bade hinüberzugehen, da das Wetter sich aufklärte, änderte aber diese Absicht sofort beim Anblick des Mädchens.

„Habe Sie ernstlich etwas zu fragen, liebe Meiken", sagte er in väterlich vertraulichem und freundlichem Tone zu ihr, der ihm ebenso zu Gebote stand, wie eine schnöde, harte Sprache.

Er faßte sie einfach an der Hand und zog sie in die Stube, in der sich niemand befand, rückte ihr einen Stuhl an den Tisch und zwang sie mit sanfter Gewalt, sich zu setzen. Er selbst blieb vorläufig ihr gegenüber an der andern Seite des Tisches stehen.

Sie gefallen mir nicht, Meiken", begann er sofort. „Sie sehen anders aus als früher und sind auch anders. — Das muß doch seine Gründe haben, — ist etwas vorgefallen?"

Sie schüttelte stumm den Kopf und blickte starr auf die Tischplatte.

(Fortsetzung folgt.)

Painlevé über die Lage in Marokko und Syrien

Paris, 22. Oktober. Ministerpräsident Painlevé wurde gestern in seiner Eigenschaft als Kriegsminister von der Finanzkommission der Kammer über die Lage in Marokko und Syrien gehört.

Seit dem 1. Juli bis zum heutigen Tage wurden in Syrien 585 Mann getötet, in Marokko betrugen die Verluste seit Beginn des Feldzuges bis zum 31. Juli 1285 Tote, darunter 8 Offiziere und 300 Mann europäische Soldaten. (Das ist kräftig gelogen!)

Die militärischen Unkosten betragen zur Zeit für das Rifgebiet 950 Millionen Franken. Die militärische Lage gebe zu keinerlei Bedenken mehr Anlaß. Abd el Krim sei vollständig außerstande, während der Regenzeit seine Angriffe wieder aufzunehmen.

Die Unkosten der Kriegsführung in Syrien beliefen sich vom Jahre 1920 bis zum Jahre 1924 auf 2161 Millionen Franken und vom 1. Juli 1924 bis zum 1. Juli 1925 auf 197 Millionen Franken. Für die Zeit vom 1. Juli bis zum 30. September sieht man weitere Ausgaben in Höhe von 106 Millionen Franken voraus. Die zivilen Unkosten betrugen 176 Millionen Franken.

Polen ist zufrieden!

Die Bromberger „Deutsche Rundschau“ schreibt in ihrem Leitaufsatz über Stresemanns Auslieferung auch des deutschen Ostens an die Feinde:

„Dem diplomatischen Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ wurde erklärt, daß unter Artikel 2 des Paktes Frankreich tatsächlich, wenn auch nicht ausdrücklich, das Recht zugestanden bekomme, welches es mit solcher Zähigkeit verlangte, **daß es durch die entmilitarisierte Zone Deutschland angreifen könnte, wenn Deutschland Polen angreifen sollte.** Frankreich wird, auch wenn es nicht selbst angegriffen werde, seine Kriegsoperationen beginnen können, ohne eine endgültige Entscheidung des Völkerbundes abzuwarten, ob Deutschland oder Polen der Angreifer ist. Wenn nachher der Bund sich nicht auf die Seite Frankreichs stellen sollte, sondern erklären würde, daß Polen im Unrecht sei, dann müsse Frankreich sich der Entscheidung des Bundes fügen.

„Der Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ fragt, wie in einem solchen Falle ein begonnener Krieg ohne weiteres zu Ende gebracht werden könnte; ferner, was geschehen werde, wenn der Bund sich nicht über die Frage einigen könne, wer der Angreifer war. Polen sei jetzt beruhigt, und es könnte auch beruhigt sein, sagt der „Daily Telegraph“. Frankreich sei das Recht, in die östlichen Streitigkeiten einzugreifen, im Grunde zugestanden worden. Dieses Recht einer dritten Nation, ohne eine Entscheidung des Völkerbundes abzuwarten, in einen Krieg eingreifen zu können, sei eine ganz neue Änderung des ursprünglichen Völkerbundsstatuts, und diese Änderung sei von der größten Bedeutung.“

Danach hat Herr Skrzynski allen Grund, zufrieden zu sein und an Hand seiner erfolgreichen Locarno-Politik seine Ansprüche für die kommende Kabinettsbildung oder -umbildung zu formulieren. Anscheinend sieht auch die deutsche Delegation in der Fassung des Art. 2 des Rheinpaktes einen Erfolg ihres Programms. Wie der außenpolitisch stets gut orientierte Chefredakteur der „Basler Nachrichten“, Herr Oeri, seinem Blatt mitteilt, ist der Artikel anscheinend so unklar gefaßt, daß sich beide Seiten über die deutsch-polnische Einigung offenbar nicht ganz das gleiche denken.“

Wir fügen hinzu: Da Frankreich Polen noch ausdrücklich seiner Unterstützung versichert hat, so ist ein irgendwie gearteter Konflikt im Osten sofort „Grund genug“ für Frankreich, vom Westen aus im Namen der „Heiligkeit der Verträge“ einzumarschieren. Und da die Ostgrenzen ganz unmögliche sind, Polen für gute Worte und Stresemanns Lächeln Posen nicht verlassen wird, so ist der ganze Teufelspakt von Locarno nichts, nichts anderes als ein vom Feinde eingeleiteter, durch Lord d'Abernon Stresemann eingeimpfter Betrug.

Werden die Deutschnationalen auch diesen Betrug unterschreiben?

Stresemann bettelt

Berlin, 22. Oktober. Wie das „Berliner Tageblatt“ hört, hatte Dr. Stresemann gestern eine längere Besprechung mit dem polnischen Gesandten, in deren Verlauf er diesen nachdrücklichst bat, seinen ganzen Einfluß dahin geltend zu machen, daß die von der polnischen Regierung geplanten weiteren Optantenausweisungen unterbleiben. Polen könne keinen stärker Beweis seines Friedenswillens geben und nicht besser dem Geiste von Locarno entsprechen, als wenn es dieser juristisch vielleicht berechtigten, aber moralisch nicht zu rechtfertigenden Ausweisungspolitik ein Ende macht.

Dr. Schacht für Revision des Dawesplanes

Paris, 22. Oktober. Dem „Petit Parisien“ wird aus Neuyork gemeldet, daß die Washingtoner Unterhandlungen Dr. Schachts Gegenstand lebhafter Kommentare bilden. Die Blätter erwähnen amerikanische Pressestimmen, wonach Dr. Schacht in seiner Unterredung mit „General“ Dawes und anderen Mitgliedern der Federal-Reserve-Bank die Möglichkeit einer Revision des Sachverständigengutachtens erwähnte. Dr. Schacht habe die Aufmerksamkeit des Generals Dawes und der anderen Finanzleute auf die mit der Ausführung des Dawesplanes zusammenhängenden Schwierigkeiten, besonders hinsichtlich der Naturalleistungen, wo man auf den Widerstand der alliierten Industriellen stoße, hingewiesen, ferner auf das Übertragssystem, das kommenden Dezember bei den ersten Barleistungen eine Rolle spielen werde. Weiter wird angenommen, daß Gilbert, der Generalagent für die Reparationszahlungen, sich im Dezember nach Amerika begeben wird, um mit Dawes gemeinsam die Anregungen Dr. Schachts zu beraten.

Nach einer Meldung aus Washington wird Dr. Schacht die Einberufung einer internationalen Finanzkonferenz vorschlagen, die sich mit der eventuellen Revidierung des Dawesplanes befassen wird.

Deutscher Sklavenexport

Wien, 22. Oktober. Gestern ist seitens der Regierung von Sao Paulo an das österreichische Wanderungsamt die telegraphische Mitteilung ergangen, daß die Möglichkeit für tausend österreichische Arbeiter zur Einwanderung bestehe. Es würde sich um Industriearbeiter handeln, während sonst nur ausschließlich Einwanderung landwirtschaftlicher Arbeiter gestattet ist.

Eine Perspektive, die dem deutschen Arbeiter nach Annahme des französisch-englisch-jüdischen Locarno-Paktes gleichfalls bevorsteht. Es wäre gut, wenn Stresemann schon in Haiti oder Liberia anfragen würde.

Aus der Bewegung

Ortsgruppe Hannover. Am Donnerstag, den 8. Oktober, fand im Saale des Konzerthauses eine große öffentliche Versammlung statt, in der Pg. Oberstleutnant Ahlemann, Berlin, das Referat übernommen hatte. Der Saal war gefüllt und hatte sich auch eine Anzahl Kommunisten mit ihrem Bürgervorsteher Brand eingefunden. Die Sozialdemokraten waren diesmal nicht erschienen, sondern hatten ihre Schäflein zu eigener Versammlung zusammenberufen, um sie besser von der Wahrheit abhalten zu können. Der Redner beleuchtete in treffender Weise die Ursachen unseres heutigen Elendes, besonders die im geheimen arbeitenden Freimaurerlogen der „Alliance israélite universelle“ und des Ordens „Bnai brith“.

In der Aussprache meldeten sich verschiedene Redner. Von großem Interesse waren die Ausführungen des Kommunisten Brand. Er äußert, daß nach Meinung der Kommunisten das schaffende Kapital geschützt werden müsse, die nationalen Sozialisten könnten aber noch keine Änderung herbeiführen, sondern der — große Mann würde erst noch erscheinen. Ein anderer Redner, der sich zur Werkgemeinschaft Dr. Dickels bekannte, erdreistete sich, die Nationalsozialisten — eine Faschistenclique zu nennen, die von Jesuitenpatern geleitet würde. Er wurde sofort vom Versammlungsleiter auf seine Ungehörigkeit aufmerksam gemacht und ihm mit Wortentziehung gedroht, wenn er weitere beleidigende Äußerungen gebrauchen würde. Die Werkgemeinschaft hat somit ihr wahres Gesicht gezeigt, indem sie sich offen gegen Hitler und seine Bewegung einstellt. Wir Nationalsozialisten wissen, wer unsere Gegner sind, und wer nicht für uns ist, ist gegen uns und wird seiner Einstellung nach bekämpft.

Führerversammlung des Bezirkes Südthüringen der N.S.D.A.P. Die Ortsgruppenführer des Bezirkes Südthüringen hatten sich am Sonntag, den 11. d. M., in Hildburghausen zu einer Bezirkstagung versammelt. Erschienen waren 30 Vertreter aus den Kreisen Sonneberg und Hildburghausen. (Die Vertreter aus dem Kreise Meiningen waren vom Bezirksführer nicht eingeladen worden, weil er irrtümlicherweise angenommen hatte, daß Meiningen einen Bezirk für sich bilde. Künftig wird auch Meiningen berücksichtigt werden.) Ferner war anwesend der der Landesgeschäftsführer der N.S.D.A.P. in Thüringen, Pg. Sauckel, Weimar.

Die Tagung stand unter dem Leitgedanken „Befestigung und Erweiterung der Organisation in Südthüringen“ und hat in diesem Sinne ein gutes Stück fruchtbarer Arbeit geleistet.

Zur Eröffnung sprach der Bezirksführer, Lehrer Frank, über „Gärung und Klärung“ in der Partei und begrüßte hierbei besonders den Umstand, daß in Deutsch-Österreich die Deutschnationalen in die N.S.D.A.P. eingetreten sind.

Pg. Sauckel knüpfte an diesen Gedanken an, um eine Übersicht über die allgemeine Lage innerhalb der Bewegung zu geben. Dabei berührte er auch das Vorgehen Adolf Hitlers gegen Drechsler und Dörfler und erkannte die Berechtigung dieses Vorgehens an, zumal, da die Zugehörigkeit Dörflers zur Loge Schlaraffia Tatsache und außerdem durch den russischen Gelehrten Dr. Gregor bekundet ist, daß diese Loge international eingestellt und in den Mord von Serajewo verwickelt ist. Mit der Aufforderung, die Ortsgruppen so einzustellen, daß sie unbedingt und nur den Weisungen Adolf Hitlers Folge leisten, schloß er seine überzeugenden Darlegungen.

Hierauf erfolgte Berichterstattung der Ortsgruppenführer, aus welcher als wichtigstes Ergebnis der Beschluß zu buchen ist, durch weiteren Ausbau der vorhandenen und Gründung von neuen Ortsgruppen eine Brücke zu schlagen vom Hildburghauser zum Sonneberger Kreis hinüber und dann je 2 oder 3 Ortsgruppen zu Arbeitsgemeinschaften zusammen zu schließen.

Besonders ernstlich wurde die Frage erörtert, ob ein Mitglied der N.S.D.A.P. zugleich Mitglied der technischen Nothilfe sein könne. Dabei wurde folgendes festgestellt: Die technische Nothilfe, eine ursprünglich sozialistische Einrichtung gegen den Spartakus, mag in einzelnen Fällen segensreich gewirkt haben. Sie ist aber, besonders, wenn ihr Eingreifen bei einem eventuellen Eisenbahnerstreik in Betracht gezogen wird, ein durchaus unsoziales Instrument. Nachdem die Deutsche Reichsbahn in den Händen einer internationalen Gesellschaft ist und ein Franzose über sie dirigiert, also nach Belieben Teile davon verkaufen, die Löhne herunterdrücken und die Tarife hinaufschrauben kann, ist es ein Verbrechen am deutschen Volk, wenn eine technische Nothilfe bei einem Eisenbahnerstreik zugunsten des Auslandes den Streikbrecher macht und dadurch den berechtigten Existenzkampf der Eisenbahnarbeiter und Eisenbahnbeamten wirkungslos werden läßt. Darum kann ein deutscher Nationalsozialist nicht Mitglied der technischen Nothilfe sein, vor allem aber dann nicht, wenn es sich um den Zweig der technischen Nothilfe handelt, der im Eisenbahndienst ausgebildet wird. — Nach dieser grundsätzlichen Stellungnahme wurde die Rednerfrage angeschnitten und dabei das dringende Verlangen ausgesprochen, unseren Führer Adolf Hitler einmal hier bei uns zu sehen. Am 29. d. M. spricht im Kaisersaal zu Hildburghausen Gottfried Feder, einer der klarsten und umfassendsten Köpfe unserer Partei. Es soll versucht werden, Adolf Hitler zum Erscheinen in dieser Versammlung zu bewegen.

Im Schlußwort wies Pg. Sauckel noch darauf hin, daß der Landesverband Thüringen der N.S.D.A.P. in wenigen Wochen eine eigene Druckerei in Weimar eröffnen wird, die vor allem die Aufgabe haben soll, unser Kampfblatt „Der Nationalsozialist“ billiger herzustellen und das Land Thüringen mit Flugblättern zu versorgen. Mit dem Wunsche, bald wieder eine Führerversammlung, und zwar diesmal nach Eisfeld, einzuberufen und mit einem Heil auf unseren Adolf Hitler endete die Versammlung gegen 7 Uhr abends. Es ist wieder ein Stück vorwärtsgegangen. Herzlichsten Dank allen ernsten völkischen Mitarbeitern! Heil!

Ortsgruppe Bernburg a. S. (Anhalt). Allen Widersachern zum Trotz und im eisernen Willen unbeugsam veranstaltete die Ortsgruppe am Mittwoch, den 14. Oktober 1925 im „Hohenzollern“ einen erweiterten Sprechabend. — Die alten Kämpfer waren erschienen. Unser Gaugeschäftsführer, Hauptmann Loeper, Dessau, hielt in fast zweistündigem Vortrage eine scharfe Abrechnung mit den Parteien von rechts bis links. Sein Thema lautete: „Warum muß der deutsche Arbeiter Nationalsozialist werden?“ Er führte seine Zuhörer durch die Lager der Parteien. — Überall Feigheit, Lüge und Dummheit gepaart mit Standesdünkel und Hohlheit von Phrasen! Nirgends ein Verständnis für soziale Not! Nur immer der Wille zur Versklavung um des lieben Mammons willen. Stahlspitz hagelten die Anklagen gegen die Herren Deutschnationalen, die ewigen Jasager, gegen die Stresemänner und gegen Ballonmütze wie Sowjetstern! — Überzeugend klang sein Ruf: Ihr Arbeiter gehört zu uns! Beifall spendete ihm die Zuhörerschaft.

Der Ortsgr.-Führer: Hölzle.

Gau Rheinland-Süd

Das Rheinland ist noch nicht reif!!

An den Plakatsäulen stand es zu lesen, daß Herr Major a. D. Henning am 6. Oktober, abends, im Volksgarten zu Köln sprechen würde. Die Deutschvölkische Freiheitspartei lud zu dieser Versammlung ein.

Was meine besondere Aufmerksamkeit erregte, war ein Streifen, der über die Ankündigungsplakate gekleistert war und der die Bemerkung „Juden haben keinen Zutritt!“ den Augen des Lesers verhüllte!!!

Major Henning sprach nun zirka anderthalb Stunden über die Ursachen unseres Zusammenbruchs. Wenn auch er keine Gelegenheit unbenützt vorbei gehen ließ, seine Verdienste am Wohle des deutschen Volkes in ein hübsch gefärbtes Rampenlicht zu stellen, so war seine Annahme, auf die Anwesenden einen besonderen Eindruck, der sie eventuell für die Freiheitspartei hätte begeistern können, gemacht zu haben, eine irrige. Dies bewies die Aussprache. Ein Kommunist redete hierbei zuerst eine Zeitlang über die Verträge seit 1918 bis Locarno, und entwickelte, ohne sich jedoch dessen bewußt zu sein, einige nationalsozialistische Gedanken, um gleich darauf mit alten Mätzchen, die er wahrscheinlich selbst nicht mehr glaubte, aufzufahren. Die Versammlung schien mehrmals in Schlägereien ausarten zu wollen, so daß die zahlreich anwesenden Nationalsozialisten, um die Ruhe wiederherzustellen, einspringen mußten. Als zweiter Diskussionsredner sprach, von tosendem, minutenlang anhaltendem Beifall begrüßt, unser Gauleiter Dr. Ley. Nachdem er zu Beginn seiner Ausführungen erklärt hatte, daß wir auch nicht das allergeringste mit der Freiheitspartei zu tun hätten, zerpflückte er geschickt die Rede des Referenten, dem er selbst die Sünden, die er noch kurz vorher in so verächtlicher Weise den Deutschnationalen vorgeworfen hatte, nachwies. Dr. Ley bat Herrn Henning, seinem Fraktionsbruder Wulle, der ja von Süddeutschland her an derlei „Bombenerfolg“-Versammlungen gewohnt sein wird, mitzuteilen, daß das Rheinland für seine Lehre noch nicht reif sei und, so hoffen wir, auch nie reif werden wird. Dann gedachte er unseres großen Heerführers, der den Herren Wulle, Gräfe, Henning bis zur Jarreswahl der Höchste und Heiligste war, an den sie jedoch heute nicht gerne erinnert sind. — Jawohl, Herr Henning, wir Deutsche vergessen immer alles so schnell! — Als nun Dr. Ley noch kurz über unser Wollen und Ziel Auskunft gegeben hatte, und nachdem die Herren am Vorstandstisch, die begreiflicherweise auf eine solche Abfuhr nicht gefaßt waren, etliche Male die Glocke geschwungen hatten, verließ er mit einem dreifachen Heil auf unseren Adolf Hitler, unter dem Beifall der Menge das Podium.

Die hierauf folgenden Worte des Vorsitzenden gingen in seinem eigenen Glockengetöse verloren, und als Herr Henning das Schlußwort sprechen wollte, wurde es ihm von den Marxisten unmöglich gemacht. Nun griff die Polizei ein, und als nach geraumer Zeit wieder einigermaßen Ruhe eingetreten war, versuchte Herr Henning Dr. Ley in einer ungezogenen, beleidigenden Weise „bloßzustellen“, wie man es nur von einem Ungebildeten oder offensichtlich einem Freiheitsparteiler erwarten kann. Zum Protest gegen diese „deutschvölkische“ Kampfmethode verließen wir Nationalsozialisten geschlossen, unter Absingen des Hitlerliedes, etwa 50 Spießbürger zurücklassend, den Saal. Nachdem wir den Saal verlassen hatten, glaubte Herr Henning seine passive Art uns gegenüber verlassen zu dürfen. Dabei griff er besonders Gottfried Feder an. — Doch es waren nur Dreckspritzer!

Wir haben mal wieder einen großzügigen Bauernfang hinter uns. Gerade dieser Abend hat uns klar gezeigt, wo unser Platz im Kampfe für die Freiheit des Vaterlandes ist. Nun heißt es mal erst recht unsere Arbeit verdoppeln. Und wenn es hundert Severings gäbe, unsere Bewegung wird siegen, weil wir eben siegen müssen, denn es geht um das ganze deutsche Volk!

Im Rheinland und in Preußen ist und bleibt nur einer unser Führer, das ist Adolf Hitler!

F. T.

Am 19. Oktober fand in unserem Orte eine stark besuchte öffentliche Versammlung der N.S.D.A.P. statt. Der Redner Pg. Ley, Wiesdorf, verstand es in fast zweistündiger Rede, alle Herzen zu gewinnen. Er geißelte die Vernichter des Volkes, die Vernichter der schaffenden Stände, die Vernichter jeder wahren Volksgemeinschaft so klar, daß jedem die Augen aufgehen mußten. Der Volksfeind aller Nationen ist derselbe, das internationale jüdische Bank- und Börsenkapital. Seine Schutztruppen sind die Marxisten. Selbst der französische Dolmetscher nickte beifällig, als vom Redner dieses System auch auf Frankreich als gegeben bezeichnet wurde, und demselben der Dawes-Pakt prophezeit wurde. Auf allseitigen Wunsch findet am 7. November in Idar mit demselben Redner eine Versammlung statt. Ebenso in Baumholder am 8. November nachmittags.

Hündisches Benehmen

Von einem hier weilenden Bewohner des Ruhrgebietes wird uns folgende haarsträubende Geschichte erzählt, die wir ohne Kommentar wiedergeben.

Nach zweieinhalbjährigem mit Unterdrückungen aller Art verbundenen Leiden durch die französische Besatzung konnten wir im Ruhrgebiet vor zwei Monaten endlich den Tag der Erlösung feiern und den erhebenden Tag des Besuches des Reichspräsidenten Hindenburg erleben. Meinen Urlaub benutze ich zu einem Besuche der bei uns im Ruhrgebiet als kerndeutsch bekannten und geschätzten Stadt München. Gestern besuchte ich mit meiner Frau die Deutsche Verkehrsausstellung und interessierte mich dabei auch besonders für die Vorführung des Eisenbahnbetriebsmodells in Halle I.

Schon vor Beginn der Vorführung um 5 Uhr hatten sich einige Dutzend Besucher vor dem Modell eingefunden. Wir standen am östlichen Eingang zum Modell, als der für uns Ruhrdeutsche so liebliche französische Ausruf an unser Uhr klang: „Viens, viens, Venez!“. Ein etwa achtjähriger Sprößling der „Grande nation“ rief zwei weitere Vertreter herbei, offenbar Vater und Mutter, die dann unmittelbar neben uns Aufstellung nahmen. Da ich unseres Ruhrerlebens halber an diesen „Kulturbringern“ keine sonderliche Freude habe, stellte ich mich einige Meter seitwärts auf. Am Ende der Vorführung machte ich dann die Entdeckung, daß für die Französin in der Zwischenzeit ein Stuhl gebracht worden war, und zwar, wie meine Frau beobachtet hatte, durch einen Herrn in Zivil, der sich beim Weggang den drei Franzosen nicht anschloß. Unter den Zuschauern befanden sich mindestens 50 Frauen, darunter sicher die Hälfte in höherem Alter als die Französin, die für eine das Zuschauen ermöglichende Sitzgelegenheit sicher auch dankbar gewesen wären. Die Überschrift über vorstehendes zu setzen, überlasse ich Ihnen oder den anderweitigen Lesern! Für uns war der Vorgang unfaßbar!

Völkisches Liederbuch

Herausgeber: **Fritz Tittmann**

Das Buch enthält 181 völkische Lieder; davon über 40 neue. Keine der alten, liebgewordenen Marschweisen ist weggefallen, dagegen mancher nichtssagende Text einem gut völkischen gewichen.

Das Buch ist im handlichen Taschenformat gehalten und dauerhaft gebunden.

Preis M. 1.—

Versand nur gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages.
Ortsgruppen erhalten Rabatt.

Streiter-Verlag, Zwickau i. Sa.

Fernruf Nr. 2785 Postscheckkonto 116988, Leipzig Römerplatz 5

Eingang-Stempel:
Dieser Raum darf nicht beschrieben werden!

Gutschein Nr. 1
für die Zeit vom 15. 10. mit 31. 10. 25.

Der Einsender dieses Gutscheines ist berechtigt, in unserem Blatte „Völkischer Beobachter“ eine **Gelegenheitsanzeige kostenlos** in der Höhe von 20 mm einspaltig aufzugeben (gegen Einsendung der Einschreibgebühren von 40 Pf.). Für größere Inserate ist der entsprechende Zuschlag (10 Pf. pro mm-Zeile) durch Einsendung des Betrages im Brief oder auf Postscheckkonto: Franz Eher Nachf., G. m. b. H. München 11346 oder durch Postanweisung an Verlag „Völkischer Beobachter“, München, Thierschstraße 15, zu bezahlen
Wir bitten dabei anzugeben: „Zuschlag für Gutschein Nr. 1“

Verlag Völk. Beobachter
Franz Eher Nachf., G. m. b. H.
Anz.-Abt. Schellingstraße 39/I.

Text: ....

Adresse: (Name:) ....

Wohnort: ....

Straße: .... Nr.: ....

KINO-ANZEIGER

Nach dem Kino: Eine Zigarette der Fabrikate der Österreich. Tabak-Regie

Nach dem Theater: raucht selbst der Laie die Zigarette „Metzger“ Nr. 3

RATHAUS-LICHTSPIELE
Rin-Tin-Tin's Heldentat / Felix als Sherlok Holmes / Ufa-Wochenschau

SENDLINGERTOR-LICHTSPIELE
Liebe macht blind / Felix der Kater im Märchenland / Ufa-Wochenschau

Dachauerstr. 16 UFA-THEATER geg. Marsstr.
Die Prinzessin und der Geiger / Jim als Tapezierer / Ufa-Wochenschau

KAMMERLICHTSPIELE / Kaufingerstr. 28
Telephon 24827
Die Leuchte Asiens
ausschließlich von Indiern dargestellt

Telephon 53377 LICHT-SCHAUSPIELHAUS Dachauerstr. 46
Das Spielzeug von Paris
mit **Lily Damita**, der temperamentvollsten (dabei schönsten) Darstellerin Europas

Besuchet die Familien-Sonntag-Vormittags-Vorstellungen obiger Kinos!

KI-PA
Müllerstr. 32 **Film-Palast** Blumenstr. 29
O alte Burschenherrlichkeit
(Gaudeamus igitur)
mit Chor und Sologesängen

Unsere Leser sehen sich nur die Qualitätsfilme, der im „Völkischen Beobachter“ inserierenden Lichtspielhäuser an!

THEATER-ANZEIGER

Freitag, den 23. Oktober 1925

National-Theater Carmen Anfang 7 Uhr	Residenz-Theater Onkelchen hat geträumt Anfang 7½ Uhr	Kammerspiele Dr. Knock oder der Triumph der Medizin Anfang 7½ Uhr	Colosseum Xaver Terofal mit Gesellschaft Anfang 8 Uhr
Prinz-Reg.-Theater Vertauschte Seelen Anfang 7½ Uhr	Schauspielhaus Zurück zu Methusalem Anfang 7½ Uhr	Gärtnerpl.-Theater Das Weib im Purpur Anfang 7½ Uhr	Volkstheater Uschi Anfang 7½ Uhr

RUNDFUNK MÜNCHEN

Freitag, den 23. Oktober 1925:

11.45 Uhr: Wetterbericht; Zeitangabe.

1.55 Uhr: Zeitzeichen; Pressemeldungen; Wetterbericht; Börsennachrichten.

3.30 Uhr: Neueste landwirtschaftliche Meldungen.

4.15 Uhr: 15 Minuten der Frau. Vortragende Frau Elfriede Jessen.

4.30 Uhr: Italienische Opernkomponisten. 2. Gioachino A. Rossini. (Berühmte Ouverturen.) Das Rundfunkorchester. Leitung: Franz Adam. 1. Ouverture zu der Oper „Der Barbier von Sevilla“; 2. Ouverture zu der Oper „Die diebische Elster“; 3. Ouverture zu der Oper „Semiramis“; 4. Ouverture zu der Oper „Die Italienerin in Algier“; 5. Ouverture zu der Oper „Tell“.

5.30 Uhr: Adalbert Stifter. (Geboren am 23. Oktober 1805.) Vortrag und Rezitation von Studienassessor Peter Muthmann. Einführung im Südd. Rundfunk, Heft 42.

6 Uhr: Neueste landwirtschaftliche Meldungen.

6.30 Uhr: Das Deutsche Museum. Eine Vortragsfolge zur Einführung in die Entwicklung von Naturwissenschaft und Technik. 16. Vortrag: Dr. phil. Peregrin Zistler, Observator an der Landeswetterwarte, München: Praktische Wetterkunde I. Wetterkarte im Südd. Rundfunk, Heft 42.

7.15 Uhr: Russische Leseübung.

7.45 Uhr: Ballett-Suiten. Das Rundfunkorchester. Leitung: Hans A. Winter. Solist: Willy Stuhlfauth (Violine). 1. Coppelia-Suite von Leo Delibes; 2. II. Rosamunde-Suite von Schubert-Reger; 3. Ballade und Polonaise für Violine mit Orchesterbegleitung von Henry Vieuxtemps; 4. L'Arlésienne, Suite Nr. 1 von Georges Bizet.

9.15 Uhr: Nervöse Schlaflosigkeit. Vortrag von Dr. med. G. Heyer.

9.45 Uhr: Pressemeldungen; Wetterbericht; Zeitangabe; Sportfunk; Geschäftsnachrichten.

Alle Gast- u. Vergnügungsstätten, die — ihrer jüdischen Gäste wegen — ablehnen im „Völk. Beobachter“ zu inserieren, lehnt auch ein wahrhaft nationaler Deutscher ab zu besuchen!

Im Deutschen Saargebiet ist die Wochenschrift: **„Der Saar-Deutsche“** die einzige **auf völkischem Vorposten**
Reichsdeutsche, lernt die Saar kennen!
Verlag des „Saar-Deutschen“, Brebach-Saar, Provinzialstraße 2.
Bezug durch alle Postämter, 0.60 M. monatl.

Lüster
Seidenschirme, Ampeln, Züge, Steh- u. Ständerlampen kaufen Sie am billigsten bei reeller Bedienung, sowie größter Auswahl.
Negele, Hackenstraße Nr. 5

Für **bestbewährtesten Parteigenossen**
Zementeur, Familienvater, seit längerer Zeit arbeitslos, suchen wir für sofort Arbeit jeglicher Art. Offerten unter **546** an die Anz.-Abt. d. Bl.

Bäcker (Nationalsozialist)
seit längerer Zeit arbeitslos, sucht für sofort Arbeit jeglicher Art. Offerten unter **545** an die Anzeigen-Abteilung dieses Blattes.

Erfahrene, ältere Köchin
mit langjährigen Ia-Zeugnissen sucht Stellung. Am liebsten bei einzelnem Herrn. Offerten unter **548** an die Anzeigen-Abteilung dieses Blattes.

Staatlich geprüfter **Chauffeur**
sucht Stelle. Personen- oder Lieferwagen. München oder Umgebung. Bin 30 Jahre alt, verrichte jede Nebenarbeit, auch jagdlich bewandert. 500 M. Kaution zur Verfügung. Gefällige Angebote unter Nr. **550** an die Anz.-Abt. d. Bl.

DEUTSCHE
bevorzugt bei Einstellung von Personal, gleich welcher Art, die vertriebenen
OPTANTEN
Anfragen sind zu richten an: den Deutschen Frauenorden, Berlin W. 62, Kurfürstenstr. 109 a

Optant
z. Zt. i. Berl., sucht Stell., gleich welch. Art. Anfr. z. richt. a. d. Deutsch. Frauenord., Berl. W. 62, Kurfürstenstraße 109 a

Optant
Bureauangest., z. Zt. in Berl., sucht Stell., evtl. auch i. and. Fach. Z. erfr.: Deutsch. Frauenorden, Berlin W. 62, Kurfürstenstraße 109 a

Schlosser
Optant, z. Zt. in Berlin, sucht Stell. Anfr. z. richt. an die Gesch.-St. des Deutsch. Frauenordens, Berlin W. 62, Kurfürstenstraße 109 a

Ich suche zum Vertrieb eines konkurrenzlos. Artikels noch einige **Reisende** event. **Generalvertreter.**
Walter Stößlein
Grub (Kreis Koburg)

Nationalsozialist
Einjährigen-Zeugnis, gelernter Bankbeamter in ungekünd. Stellung sucht Anstellung als Gutssekretär od. Rentamts-Assistent. Off. unter **560** an die Anzeigen-Abt.

Nationalsozialist
(verheirat. u. Kind), in tiefste Notlage geraten, sucht Stelle als Hausmann, feste Anstellg. als Reisender oder Verkäufer in offenem Geschäft (eventl. Musikinstrumenten-Geschäft) Angebote unter 551 an den „Völkischen Beobachter“ erb.

Mechaniker
auch kaufm. ausgebild., sucht Stell., Optant. Zu erfr.: Deutsch. Frauenorden, Berlin W. 62, Kurfürstenstraße 109 a

Hilfsmonteur
Optant, z. Zt. i. Berlin, sucht Stell., gleich welcher Art. Z. erf.: Deutsch. Frauenorden, Berlin W. 62, Kurfürstenstr. 109 a

Buchhalterin, zuverlässige Kassierin
erfahren in allen Bureauarbeiten, Ia Zeugnisse, sucht für sofort Stellung. Offerten unt. **549** an die Anz.-Abt. dieses Blattes.

Kaufmännisch gebildet Fräulein sucht Stellung in feinem **Konditorei-Café** auch zur Bedienung. Offerten unter **556** an d. Anz.-Abt. d. Blattes.